

Stand: 25.06.2026 13:16:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/1681

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) - (Drs. 17/876)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/1681 vom 31.03.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1959 des HA vom 15.05.2014
3. Beschluss des Plenums 17/2052 vom 20.05.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 18 vom 20.05.2014



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsge-
setzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2014 werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. § 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Buchst. a eingefügt:
 - „a) In Abs. 2 Satz 2 werden nach dem Wort „sinngemäß“ die Worte „; die Wiederbesetzungssperre gilt nicht für Stellen im Kapitel 06 05“ eingefügt.“
 - b) Die bisherigen Buchst. a bis d werden die Buchst. b bis e.
 - c) Im neuen Buchst. e wird Abs. 19 wie folgt geändert:
 - aa) Es wird folgende neue Nr. 2 eingefügt:
 - „2. im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) bei Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst) 200 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der BesGr A 4 (Justizoberwachmeisteranwärter, Justizoberwachmeisteranwärterin) neu ausgebracht;“
 - bb) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 3
 - d) Im neuen Buchst. e wird Abs. 20 wie folgt geändert:
 - aa) In Nr. 3 werden nach den Worten „bei Titel 422 01“ die Worte „Buchst. a (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte); Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention) bei BesGr

- A 13 – A 12 (Lehrer, Lehrerinnen) 200 Stellen neu ausgebracht und bei“ eingefügt.
- bb) Es wird folgende neue Nr. 5 angefügt:
 - „5. im Kapitel 05 17 Titel 428 14 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Ausgangslehrkräfte)) im Vermerk Nr. 2 die Zahl „44“ durch die Zahl „84“ ersetzt;“
- e) Im neuen Buchst. e wird Abs. 21 wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 2 Buchst. c erhält folgende Fassung:
 - „c) bei BesGr A 6 (Steuersekretär, Steuersekretärin) wird der Vermerk Nr. 2 gestrichen;“
 - bb) Nr. 3 wird gestrichen.
- f) Im neuen Buchst. e wird Abs. 27 wie folgt geändert:
 - aa) Es werden folgende neue Nrn. 5 bis 7 eingefügt:
 - „5. im Kapitel 15 59 (Hochschule für Musik in Nürnberg) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) fünf Stellen der EGr. 13 neu ausgebracht;
 6. im Kap. 15 62 (Hochschule für Musik und Theater in München) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) 25 Stellen der EGr 13 neu ausgebracht;
 7. im Kap. 15 63 (Hochschule für Musik in Würzburg) bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) 28 Stellen der EGr 13 neu ausgebracht;“
 - bb) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 8.
2. Es wird folgender neuer § 5 eingefügt:

„§ 5 Änderung des Versorgungsrücklagengesetzes

In Art. 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (Bayrisches Versorgungsrücklagengesetz – BayVersRückIG) vom 11. Dezember 2012 (GVBl S. 613, BayRS 2032-0-F), wird der bisherige Wortlaut Satz 1 und folgender Satz 2 angefügt:

„²Weitere Sonderzuführungen sind zulässig.““

3. Es wird folgender neuer § 6 eingefügt:

**„§ 6
Aufhebung des
Landeserziehungsgeldgesetzes**

Das Gesetz zur Neuordnung des Bayerischen Landeserziehungsgeldes (Bayerisches Landeserziehungsgeldgesetz – BayLErzGG) vom 9. Juli 2007 (GVBl S. 442, BayRS 2170-3-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2012 (GVBl S. 391), wird wie folgt geändert:

1. Die Art. 1 bis 13 werden zum 1. Juli 2015 aufgehoben.
2. Dem Art. 14 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Es werden nur noch Anträge berücksichtigt, die bis zum 1. Juli 2014 gestellt worden sind.“

4. Es wird folgender neuer § 7 eingefügt:

**„§ 7
Änderung des
Bayerischen Blindengeldgesetzes**

Das Bayerische Blindengeldgesetz – BayBlindG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1995 (GVBl S. 150, BayRS 2170-6-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 464), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Blinde, taubblinde, hochgradig sehbehinderte und hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubblindheit erhalten auf Antrag, soweit sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Bayern haben oder soweit die Verordnung (EG) Nr.883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABI L 166 S. 1, ber. ABI L 200 S. 1, 2007 ABI L 204 S. 30) in der jeweils geltenden Fassung dies vorsieht, zum Ausgleich der durch diese Behinderungen bedingten Mehraufwendungen ein monatliches Blindengeld.“

- b) Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Taubblind ist ein blinder Mensch im Sinn von Abs. 2 mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit unabhängig davon, in welchem Alter die Hörschädigungen eingetreten sind.“

- c) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:

„¹Hochgradig sehbehindert im Sinn dieses Gesetzes sind Personen, die von Abs. 2 nicht erfasst sind und deren Sehschärfe auf dem besseren Auge nicht mehr als ein Zwanzigstel beträgt, und Personen, bei denen krankhafte Veränderungen des Sehvermögens entsprechend einem Schweregrad nach Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 vorliegen.“

- bb) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden Sätze 2 und 3.

- d) Es wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Hochgradig sehbehinderte Menschen mit Hörschädigung sind hochgradig sehbehinderte Menschen im Sinn von Abs. 4 mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit unabhängig davon, in welchem Alter die Hörschädigungen eingetreten sind.“

2. Art. 2 Abs. 1 werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen im Sinn von Art. 1 Abs. 4 beträgt 30 v.H. des Blindengeldes nach Satz 1. ⁴Das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen mit Hörverlust im Sinn von Art. 1 Abs. 5 beträgt 60 v.H. des Blindengeldes nach Satz 1.“

5. Der bisherige § 5 wird § 8.

Begründung:

zu Nr. 1:

Die Wiederbesetzungssperre ist u. E. ein personalpolitisch und haushaltspolitisch völlig verfehltes Instrument. Sie ist insbesondere in der Finanzverwaltung für eine endlich verbesserte Personalsituation in der Finanzverwaltung völlig kontraproduktiv und kostet mehr als sie eventuell bringt. Bis zu 200 Stellen sind wegen dieser Regelung in den Finanzämtern nicht besetzt und verschlechtern somit – völlig sinnlos – die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die finanzielle Lage des Freistaats Bayern.

zu Nrn. 2 – 4:

Die Begründungen ergeben sich aus den entsprechenden Änderungsanträgen zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/876, 17/1959

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushalts-
gesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsge-
setz 2014)**

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare- te Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/1681, 17/1959

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haus-
haltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)**

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/1685, 17/1959

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haus-
haltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
HG**

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/1686, 17/1959

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haus-
haltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)**

(Drs. 17/876)

hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuer-
sekretäre, Steuersekretärinnen

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volk- mar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD

Drs. 17/1723, 17/1959

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haus-
haltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaush-
altsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)**

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volk- mar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD

Drs. 17/1806, 17/1959

**zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines
Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haus-
haltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)
hier: Rückholung der demografischen Rendite**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

1. § 1 Nr. 1 wird wie folgt geändert:

In Buchst. a) wird die Zahl „50 408 120 500 €“
durch die Zahl 50 474.120.700 € ersetzt.

2. § 3 Nr. 1 Buchst.a) Doppelbuchstabe aa) wird wie folgt gefasst:

aa) In Halbsatz 1 werden die Worte „wird bei
Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013
angepasst und“ gestrichen und die Worte
„in den Folgejahren“ durch die Worte „ab
1. August 2014“ ersetzt.

Berichterstatter:

Hans Herold

Mitberichterstatter:

Volkmar Halbleib

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/1681, Drs. 17/1685, Drs. 17/1686, Drs. 17/1723 und Drs. 17/1806 in seiner 24. Sitzung am 8. Mai 2014 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1723 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Enthaltung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/1685 und 17/1686 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1681 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/1681, Drs. 17/1685, Drs. 17/1686, Drs. 17/1723 und Drs. 17/1806 in seiner 15. Sitzung am 15. Mai 2014 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1723 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Enthaltung
 B90/GRÜ: Enthaltung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/1685 und 17/1686 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/1681 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Enthaltung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
 Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehenden Änderungsanträge zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

Drs. 17/1681

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG

Drs. 17/1685

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen

Drs. 17/1686

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

Drs. 17/1723

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)

hier: Rückholung der demografischen Rendite

Drs. 17/1806

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Peter Winter

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 2 und 3** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) (Drs. 17/875)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge

zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1682)**

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1683)**

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1684)**

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

Drs. 17/1343 mit 17/1355 und 17/1732

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

**Drs. 17/1369 mit 17/1424, 17/1448 mit 17/1453, 17/1455 mit 17/1458, 17/1474,
17/1587 mit 17/1599 und 17/1608 mit 17/1614**

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

**Drs. 17/1275 mit 17/1320, 17/1323 mit 17/1339, 17/1586, 17/1645 mit 17/1647,
17/1649 mit 17/1672 und 17/1714**

und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/1231 mit 17/1261 und 17/1263 mit 17/1268

und

Änderungsanträge

zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Claudia Stamm u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

(Drs. 17/1681)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b HG ([Drs. 17/1685](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen ([Drs. 17/1686](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. (SPD)

([Drs. 17/1723](#))

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u. a. (SPD)

hier: Rückholung der demografischen Rendite ([Drs. 17/1806](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der erste Redner ist der Kollege Bachhuber. – Bitte schön, Herr Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Blick auf den vorliegenden Nachtragshaushalt und den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes kann man der Staatsregierung und unserem Herrgott eigentlich nur dafür danken, dass wir hier in Bayern leben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– In umgekehrter Reihenfolge.

Einige Hundert Kilometer von hier entfernt, ob östlich, nördlich, westlich oder südlich, schaut die Welt, zumindest die Finanzwelt, ganz anders aus. Ich zitiere hier die "Frankfurter Allgemeine" von vor einer Woche; sie schreibt:

Auch wenn Baden-Württemberg im vergangenen Jahr Rekordsteuereinnahmen von 30,1 Milliarden Euro verzeichnen konnte, nimmt es mit einer Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 einen Spitzenplatz ein ... Mit den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich lässt sich die Neuverschuldung nicht erklären, denn Bayern, dem größten Zahlerland, gelang es sogar, einen Überschuss von 1,7 Milliarden Euro zu erzielen.

(Zuruf von der SPD: Altlasten!)

Das ist nur eine von vielen Begründungen dafür, warum es Bayern besser geht als vielen anderen Bundesländern. Wer den Medienberichten nicht glauben will, dem sei noch kurz gesagt: Die Ratingagentur Moody's hat dem bayerischen Staatshaushalt vor Kurzem das Rating AAA bescheinigt.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen keine neuen Schulden, sondern wir zahlen alte Schulden zurück, und wir legen Rücklagen an.

(Widerspruch der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser geht es nicht!

(Beifall bei der CSU)

Weil die Bayerische Staatsregierung im Kern schon immer eine solide, eine verantwortungsvolle

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber nur im Kern!)

und eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt hat,

(Peter Winter (CSU): Richtig!)

können wir den Kommunen in diesem Jahr so viel Geld in die Hand geben wie noch nie zuvor in der bayerischen und der deutschen Geschichte.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Weil die Steuereinnahmen so hoch sind! Täuschen Sie die Leute nicht! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir geben den Kommunen 8 Milliarden Euro in die Hand. Kein anderes Land in Deutschland gibt den Kommunen so viel. Wir haben den Kommunen gegenüber dem Jahr 2013 215 Millionen Euro mehr gegeben. Die reinen Leistungen im Finanzausgleich 2014 stiegen gegenüber 2013 um 189 Millionen auf 7,52 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen – jeder Kommunalpolitiker weiß, was das für die Kommunen bedeutet – stiegen um 85 Millionen Euro, fast 3 %, auf beinahe 3 Milliarden Euro.

Ich bin immer noch sehr stark in der Kommunalpolitik verwurzelt und tätig. Ich freue mich, dass wir die Krankenhausfinanzierung mit 500 Millionen Euro auf hohem Niveau fortführen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es waren einmal über 600 Millionen! Das ist von 600 auf 500 Millionen gekürzt worden!)

Für den Straßenbau und den Straßenunterhalt stellen wir 23 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Insbesondere die strukturschwachen und von Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen in Bayern werden in diesem Finanzausgleich sehr stark berücksichtigt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wer ist daran schuld?)

In den vergangenen Jahren wurden die Verlängerung des Demografiefaktors von 5 auf 10 Jahre und die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindegemeinschaftszuweisungen von 108 % auf 112 % bayernweit vollzogen. Insbesondere von kleineren Kommunen wird besonders begrüßt, dass die Mittel für die Investitionspauschale – keine Gemeinde muss einen Antrag stellen – von 2011 bis 2014 um 173 Millionen auf 365 Millionen Euro angehoben wurden. Das ist ein Plus von 110 %. Der Mindestbeitrag, insbesondere für kleine Kommunen, stieg von 26.000 Euro im Jahr 2011 auf jetzt 105.000 Euro. Das ist eine Vervielfachung. Viele Bürgermeister, insbesondere kleinerer Gemeinden, sagen der Staatsregierung ein herzliches "Vergelt's Gott".

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch kurz bei den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen bleiben; diese haben wir im Jahr 2013 vervierfacht. Wir werden sie auch im Jahr 2014 bei 100 Millionen Euro belassen. Damit konnten wir im Jahr 2013 27 Landkreisen und 120 Städten und Gemeinden gezielt helfen. Alles in allem schnüren wir ein Paket, das die herausragende, wichtige Position der bayerischen Kommunen im bundesweiten Vergleich weiterhin stärkt und festigt.

Aber mit dem neuen Finanzausgleich schreiben wir nicht nur den kommunalen Finanzausgleich auf einem neuen Niveau fest, sondern schaffen auch im Detail wichtige und zum Teil erhebliche Verbesserungen für die Kommunen. Mit der Abschaffung der örtlichen Beteiligung stellen wir jene Kommunen, die ihre Krankenhäuser Gott sei Dank noch selbst betreiben, gleich mit denjenigen Kommunen, die den Betrieb inzwischen an private Betreiber abgegeben haben. Damit werden gerade diese Kommunen bei der Durchführung ihrer Krankenhausbauplanung weiterhin finanziell entlastet. Wir heben auch den Anteil der Kommunen am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund an, um den Kommunen mehr Mittel für den Straßenunterhalt und den Winterdienst zur Verfügung zu stellen. So können wir die entsprechenden Pauschalen im Jahr 2014 nochmals um über 10 % erhöhen, nachdem bereits 2013 die Straßenunterhaltungspauschalen um 15,9 % angehoben wurden.

Was bei allen Kommunen – ob Bezirk, Landkreis, Stadt oder Gemeinde – für eine große Erleichterung sorgt, ja geradezu ein Befreiungsschlag ist, ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, der die bayerischen Kommunen im Vergleich zur Rechtslage 2011 um 550 Millionen Euro entlastet. Hier hat die jetzige Bundesregierung den ordnungspolitischen Murks von Rot-Grün bereinigt. Dafür sagen auch die Kommunen einen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Eine Entlastung um weitere 700 Millionen Euro jährlich wird den bayerischen Kommunen durch das im Koalitionsvertrag in Berlin zugesagte Bundesteilhabegesetz in Bezug auf die Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt. Ich bin nicht unbedingt berufen, für alle Kommunen zu sprechen, aber ich möchte einen herzlichen Dank an den Bayerischen Ministerpräsidenten sagen. Seinem persönlichen Einsatz in Berlin ist es zu verdanken, dass die Kommunen in Bayern jährlich in Zukunft um 700 Millionen Euro bei der Eingliederungshilfe entlastet werden. Vergelt's Gott, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Noch bevor dieses Bundesteilhabegesetz in Kraft tritt, werden die Kommunen schon jetzt um 115 Millionen Euro entlastet. Auch dafür einen Dank der Kommunen.

Wenn wir genau hinschauen, müssen wir ehrlicherweise feststellen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Finanzsituation der bayerischen Kommunen besser entwickelt hat als die des Freistaats Bayern. Die Kommunen haben in den vergangenen zehn Jahren ein Steuerplus von 68 % verbuchen können. Das Plus des Freistaats Bayern nach dem leidigen Länderfinanzausgleich lag gerade einmal bei 35 %. Ich kann als jemand, der 24 Jahre lang als Bürgermeister tätig war, nur sagen: Ich hätte mich narrisch gefreut, wenn damals der Freistaat Bayern in der Lage gewesen wäre, die Kommunen in diesem Maße zu unterstützen, wie er es mit diesem Gesetzentwurf tun kann.

Ich möchte mich abschließend für die größtenteils sachliche Diskussion im Haushaltsausschuss bedanken. Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN haben sich zumindest bemüht, bei ihren Änderungsanträgen auch Deckungsvorschläge zu machen. Es ist aber nur bei einem Bemühen geblieben. Um eine Versetzung nicht zu gefährden, wäre eine weitere Annäherung an die Finanzpolitik der CSU dringend angeraten und erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu den FREIEN WÄHLERN: Änderungsvorschläge in Höhe von über 1 Milliarde Euro vorzulegen, ist Populismus pur. Das ist verantwortungslos und unseriös; um in der Schulsprache zu bleiben: Note 6, setzen.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang fällt mir die Geschichte von den zehn Jungfrauen ein. Sie kennen die Geschichte: Zehn Jungfrauen – fünf kluge, fünf törichte – machten sich auf den Weg. Die fünf Klugen nahmen die Lampen und das Öl mit, die Törichten nur die Lampen. Als sich die Ankunft verspätete, machten die fünf Törichten kehrt, weil ihnen das Öl ausgegangen war. Sie kamen dann verspätet an, aber der Saal der Glückseligen war geschlossen. Sie klopfen an, und es klang eine Stimme aus dem Inneren: Ich kenne euch nicht. Wenn die FREIEN WÄHLER mit ihrer Politik so weitermachen, dann wird wahrscheinlich der bayerische Wähler auch sagen: Ich kenne euch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Finanzausgleich – das müssen wir klar feststellen, dass wissen auch unsere Kommunen, und das weiß auch ein Oberbürgermeister Ulrich Maly aus Nürnberg, der die Kommunalfreundlichkeit der Bayerischen Staatsregierung ausdrücklich gelobt hat – geht fast jeder vierte Euro des Freistaats an die Kommunen. Damit wird ganz stark unterstrichen: Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion bleiben der faire und starke Partner unserer Bezirke, Landkreise, Städte und Gemein-

den. Es bleibt weiter festzuhalten: Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Wer an dem Wohlergehen der bayerischen Kommunen Interesse hat, der muss diesem Nachtragshaushalt und diesem Finanzausgleichsgesetz zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Stamm gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber, im Ausschuss klang es anders. Dort haben Sie uns bescheinigt, dass unsere Anträge gegenfinanziert sind, und das sind sie auch, im Gegensatz zu den Ihren. Sie haben gesagt: Klassenziel noch nicht erreicht. Sie haben nochmals 20 Millionen Euro mehr für Ihren Straßenbau beantragt. Das ist zum einen eine weitere Entnahme aus der Haushaltsrücklage. Zum anderen gab es diverse Nachschublisten von der Staatsregierung. Diese haben wir gar nicht mit hineingerechnet. Schauen Sie also bitte erst einmal, was Sie machen. Sie haben auch das Spielgeld, das es Ihnen ermöglicht, als CSU-Fraktion schön Geld zu verteilen. Unsere Anträge sind gegenfinanziert, aber Ihre nicht. Sie haben auch noch Nachschublisten gehabt. Es besteht eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von 830 Millionen Euro in Bezug auf den Nachtragshaushalt und die Nachschublisten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Zunächst einmal möchte ich klar und deutlich ausdrücken: Ich habe gesagt, die GRÜNEN hätten zu ihren Änderungsvorschlägen auch Deckungsvorschläge gemacht, das reicht aber noch nicht für eine Versetzung aus, Sie sollten sich weiterhin der Finanzpolitik der CSU anschließen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Spielgeld, das Sie ansprechen, haben wir gerade für die Gemeinden im ländlichen Raum – ich komme aus einem Flächenlandkreis – etwas gemacht; denn dort ist es mehr als notwendig, in den Straßenunterhalt und den Straßenausbau zu investieren. Die Bürger danken es uns.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte weiter da. Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hätte eine Frage: Sie haben vorhin die 500 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung so groß herausgestellt. Ist Ihnen bewusst, dass Bayern im Jahre 1990 660 Millionen Euro bezahlt hat, heute aber nur noch 500 Millionen bezahlt? Wie beurteilen Sie das?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Ich kann nur sagen: Mir ist kein Krankenhaus bekannt, das auf Baukostenzuschüsse warten müsste. Die beantragten Baukosten sind abfinanziert. Ich kann nur für meinen Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz, Wolfratshausen reden: Hier wurde das mit den Investitionszuschüssen der Staatsregierung entsprechend finanziert, und den beiden Krankenhäuser steht die Summe zu. Vielleicht liegt es am örtlichen Betreiber, weil dieser nicht nachhaltig bei der Regierung vorstellig geworden ist. Ich kann aber nur sagen: Diese Mittel reichen momentan aus.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Bevor ich dem nächsten Kollegen das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass wir nach dieser Debatte eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen durchführen werden. - Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Knoblauch gemeldet.

Günther Knoblauch (SPD): Werte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Bachhuber, ich war in den letzten 24 Jahren Bürgermeister. Ich habe den Eindruck, Sie haben in den letzten fünf Jahren nicht mehr mitbekommen, was in den Kommunen draußen passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin in diesem Jahr zum ersten Mal in die Haushaltsberatungen des Freistaats eingebunden gewesen. Die Spannung war ebenso groß wie die Erwartung. Seit der ersten Vorlage des Nachtragshaushalts wurden über 240 Änderungsanträge gestellt; 225 Änderungsanträge kamen von der Opposition, allein 90 von der SPD. Dies waren Angebote, mitzuwirken. Enttäuschend ist aber: Fast allen Angeboten der Opposition hat sich die CSU verweigert. Lediglich bei wenigen, einzelnen Anträgen - eine Eingabe stammte von den Kommunen - hat sich die CSU gebeugt. Sie hat diese Eingabe an die Staatsregierung überwiesen, damit diese weiter darüber nachdenken kann.

Auffällig und bemerkenswert war für mich auch, dass bei über 40 Anträgen seitens der Regierungspartei Handlungsbedarf anerkannt wurde. Die Anträge wurden trotzdem abgelehnt. Da kann ich nur frei nach Valentin sagen: Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihrer Regierungserklärung im Oktober unsere Fraktion aufgefordert, im Hinblick auf die Große Koalition in Berlin mitzuwirken und die Kooperation zu suchen. Wir haben wirklich ausgewogene Anträge gestellt, die mit den zusätzlichen Steuereinnahmen hätten finanziert werden können. Nach den Erfahrungen bei den Beratungen habe ich mir gedacht, der Ministerpräsident hätte viel intensiver, viel öfter und deutlicher auf seine Fraktion einwirken müssen, den gemeinsamen Gedanken der Großen Koalition im Interesse unserer Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Berlin umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bei den Verhandlungen skurrile Situationen erlebt. Anträge wurden aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt mit der Aussage, beim Nachtrag sollte kein zusätzliches Geld ausgegeben werden. Bei den nächsten 15 Anträgen der CSU wurden jedoch nicht nur die von Frau Kollegin Stamm genannten 30 Millionen Euro Spielgeld verbraucht, sondern auch noch zusätzlich 20 Millionen Euro aus den Rücklagen. Bei 20 weiteren Anträgen wurde der Handlungsbedarf ausdrücklich anerkannt, die Bereitstellung der Mittel jedoch abgelehnt, aber – das ist die Hoffnung, die wir haben - für den Haushalt 2015/2016 angekündigt.

Ich möchte sagen: Wenn erfahrungsgemäß die Plagiatsanträge der CSU kommen, bekommt dies einen positiven Touch. Dann haben wir nämlich eine Plagiatsrendite der Mittelausweisung beim künftigen Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Bachhuber, betrachtet man den kommunalen Finanzausgleich und den Umgang mit den Kommunen, komme ich zu einem anderen Bild als dem, das Sie gezeichnet haben. Sicher ist das Ergebnis mit über 8 Milliarden Euro bemerkenswert und wird gefeiert. Sie täuschen jedoch über die gefährliche Entwicklung bei unseren Kommunen und die Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise hinweg. Immer wieder wird zitiert, was es für ein Glück sei, dass wir in Bayern leben. Sie haben das ebenfalls anklingen lassen. Wir sagen das auch. Der Ministerpräsident hat gesagt, Bayern sei die Vorstufe des Paradieses. Er hat nur übersehen, dass die Vorstufe des Paradieses das Fegefeuer ist.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist aufgeklärt! Das ist falsch!)

Dieses Fegefeuer wird in den nächsten Jahren auf die Kommunen zukommen. Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Mich interessieren nicht die Kommunen in Nord-

rhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, Brandenburg oder sonstwo in der BRD. Mich interessieren die Kommunen Landshut, Garmisch, Töging, Tirschenreuth, Wunsiedel und und und, die hier bei uns sind und die hoffen, dass wir ihnen bei ihrer täglichen Arbeit, bei ihrer Selbstverwaltung im ländlichen Bereich helfen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist, dass die Kommunen trotz dieser 8 Milliarden Euro dringende Maßnahmen in die Zukunft verschieben müssen: Straßenbau, Gebäudesanierung, Kulturangebote und Freizeitangebote. Sie leiden unter den Schulden, die sie wegen der Vorgaben von Bund und Land aufgenommen haben. Meine Heimatstadt Mühldorf hat die höchsten Gewerbesteuereinnahmen seit Jahrzehnten. Trotzdem müssen Investitionen in Höhe von zig Millionen Euro verschoben werden, weil die Aufgaben nicht zu bewältigen sind. In den letzten Jahren wurden dort fünf Kindergärten gebaut. Jetzt ist die Kommune an dem Punkt, wo sie sich das nicht mehr leisten kann, wenn der kommunale Finanzausgleich nicht verändert wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf reagieren. Wir dürfen nicht zuschauen, wie die Kommunen unter dieser Situation leiden. Ich möchte ein paar Anmerkungen machen. Ein Drittel der Schulden von Staat und Kommunen liegt bei den Kommunen. Unser Angebot war, von den 540 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern an Schulden tilgen möchte, 100 Millionen Euro für einen Start des Entschuldungsfonds zu verwenden. Dies wäre ein kleiner Ausgleich und ein Signal an die Kommunen gewesen, dass wir ihre Probleme ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Übertragung der staatlichen Aufgaben: Ich kann Ihnen den Brief eines CSU-Landrats vorlesen, der schreibt, dass er sich vom Freistaat Bayern bei der Personalausstattung alleingelassen fühle. Er müsse das Personal selbst anstellen und es den

Kommunen, den Städten und Gemeinden in Rechnung stellen. So kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns eines überlegen: Wir haben die Tendenz und den Trend, dass die Kreisumlagen auf über 50 % steigen. Sie liegen bei 54 oder 56 %. Die Kreisumlagen sind oft höher als die Gewerbesteuererinnahmen einer Gemeinde. Wie sollen die Kommunen so ihre Schulden und Aufgaben bewältigen? Hier müssen wir etwas machen. Bei den Kommunen ist es genauso. Herr Bachhuber, wir haben die Resolution der Stadt Landshut behandelt. Dort regiert mit Sicherheit kein SPD-Bürgermeister. Einstimmig wurde dort gesagt: Wir brauchen dringend Hilfe, wir können die Schulden nicht mehr schultern, wir können verschiedene Aufgaben wie die energetische Sanierung nicht mehr übernehmen, nur mit äußerstem Nachdruck haben wir erreicht, dass dieses Problem der Staatsregierung zugeleitet worden ist.

Meine Damen und Herren, beim Finanzausgleich müssen wir uns eines überlegen: Wir fördern verschiedene Maßnahmen und haben dabei das Gleichgewicht verloren. Statt die Schlüsselzuweisungen und die Grundstruktur zu verbessern, verwenden wir für die verschiedenen Bereiche die unterschiedlichsten Fördersätze. Wir sagen, wie wichtig die Bildung ist, gleichzeitig stimmen dort aber die Fördersätze nicht mehr. Sicherlich ist es gut, Radwege zu bauen und dafür eine Förderung von 8 % zu bekommen. Für den Bau von Staatsstraßen für den Freistaat bekommt man, wenn es gut geht, ebenfalls 8 %. Wenn es jedoch um ein Schulhaus geht, um eine Ganztagschule, die dringend gebaut werden muss, erhalten die Kommunen bestenfalls 40 %. Hier hinkt die Bildung hinterher. Auch hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch darauf eingehen, dass man die Mindestgröße bzw. die untere Ebene bei den Schlüsselzuweisungen beim FAG nicht oder nur ein bisschen verändert hat. Man muss sich über eines im Klaren

sein: Es gibt sicherlich viele kleine Kommunen, die viel leisten. Aber in jedem Landkreis gibt es zwei, drei oder vier Kommunen, die Leistungsträger par excellence sind und die viele Angebote machen: Kulturangebote, Trägerschaft von Musikschulen, Förderung von Erwachsenenbildung, Bildungsangebote, Büchereien, Sporteinrichtungen, Freibäder oder Hallenbäder. Die Kommunen können das nicht mehr bezahlen. Sie müssen beim Finanzausgleich stärker berücksichtigt werden. Das geschieht in diesem Nachtragshaushalt, bei diesem FAG, nicht. Deshalb sind wir auch nicht in der Lage, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Er entspricht nicht den Bedürfnissen, die, wie wir sehen, in unseren Kommunen gedeckt werden müssen.

Gleichzeitig möchte ich mich aber beim Vorsitzenden Winter sehr herzlich für die sehr zügige Bearbeitung der Anträge und Abwicklung der Sitzungen bedanken. Aber ich hoffe – und das möchte ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der CSU im Haushaltsausschuss mitgeben -, dass wir beim Haushalt 2015/16 all das wiederfinden, was Sie im Hinblick auf den Haushalt 2015/16 versprochen haben, und dass auch den von uns gestellten, notwendigen Anträgen Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Knoblauch. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber! Ich glaube, Sie haben vergessen, dass Sie hier im Parlament sitzen, nicht in einem Hochamt. So viel Huldigung und Dank wie heute von Ihnen habe ich in diesem Hohen Haus in den letzten sechs Jahren noch nie vernommen.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, vielleicht haben Sie ihn ja für den Posten des Dankbeauftragten vorgeschlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer weiß, vielleicht brauchen wir diese Position auch noch, damit Ihre Leistungen aus dem Kreis der Parlamentier entsprechend gewürdigt werden.

(Zuruf von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Haushaltspolitik heißt nicht, über fehlendes Geld zu jammern. Haushaltspolitik heißt nach den Vorstellungen der FREIEN WÄHLER, richtige Schwerpunkte zu setzen. Leider – Herr Kollege Knoblauch, Sie haben es angemerkt – war der Debattenstil zwar erfreulich, aber das Ergebnis ernüchternd, Herr Vorsitzender. Die CSU-Mehrheit hat sich nicht sachlich mit den Anträgen der anderen Fraktionen auseinandergesetzt, sondern alle pauschal in Bausch und Bogen abgelehnt. Da wäre vielleicht einmal zu überlegen, ob eine absolute Mehrheit wirklich immer richtig liegt, alle anderen aber immer falsch.

(Ingrid Heckner (CSU): Deswegen haben wir ja die Mehrheit!)

Frau Kollegin Heckner, vielleicht hätte es uns allen gutgetan, wenn wir Dinge im Konsens erledigt hätten, wo es möglich ist. Von daher wird es Sie nicht verwundern, dass ein Nachtragshaushalt, an dem die anderen Fraktionen faktisch nicht beteiligt waren, weil so gut wie kein Antrag durchgegangen ist, für uns natürlich auch nicht genehmigungs- und zustimmungsfähig ist, auch wenn das eine oder andere darin durchaus richtig sein mag.

Beginnen wir mit den Einnahmen. Die Einnahmen nehmen leider in Haushaltsberatungen, Haushaltsreden und im Parlament einen zu geringen Raum ein; denn die Einnahmen versetzen uns doch in die Lage, über zusätzliche Ausgaben und das Zurückfahren von Schulden nachzudenken. Es gab Zeiten, in denen Nachtragshaushalte davon geprägt waren, dass man zusätzlich Geld benötigte. Dann hat man sich nächtelang darüber gestritten, ob man Schulden erhöhen oder Leistungen streichen will. Deswe-

gen sind wir jetzt in einer eher komfortablen Situation, da es im Nachtragshaushalt etwas zu verteilen gilt.

Diese erfreuliche Erkenntnis ist Ausfluss des großen Fleißes unserer Bevölkerung. Unsere Steuerzahler haben sehr viel geleistet, mehr als wir ihnen zugetraut haben. Deswegen gibt es jetzt diesen positiven Nachtragshaushalt. Deswegen danke ich den Steuerzahlern, der Wirtschaft, den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften, die natürlich auch für dieses positive Klima in der Wirtschaft verantwortlich sind. Mein Dank gilt natürlich auch den politisch Verantwortlichen in Bund und Land, die durch die Schaffung richtiger Rahmenbedingungen dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaft anders als in anderen Ländern Europas gut läuft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man sollte den Steuerzahler bei Laune halten. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit – ich meine, vor zwei Wochen – über einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zur Abschaffung der kalten Progression debattiert, ein Projekt, das Sie als Wahlversprechen schon seit über einem Jahrzehnt vor sich hertragen, ohne dass merklich etwas passiert. In der letzten Legislaturperiode konnten Sie sich hinter den Sozialdemokraten und den GRÜNEN verstecken, die über den Bundesrat signalisiert haben: Da machen wir nicht mit. - Jetzt wird es schwieriger. Ich war einigermaßen davon überrascht, dass Sie unseren Antrag zur Abschaffung der kalten Progression abgelehnt haben. Das ist nicht unbedingt glaubwürdig, wenn Sie dann, Herr Staatsminister Söder, am letzten Donnerstag bei der IHK in Memmingen lauthals verkünden, es sei eine Frage der Gerechtigkeit, die kalte Progression zu beseitigen. Ich werde nachschauen, ob Sie sich an der namentlichen Abstimmung beteiligt und wie Sie abgestimmt haben. Vielleicht waren Sie ja der Abweichler in der eigenen Fraktion. Wenn ja, dann wäre Ihnen dafür zu danken. Ansonsten sind die Ausführungen vom letzten Donnerstag etwas fragwürdig. Unabhängig davon müssen wir

dieses Problem angehen, weil wir bei einem Sinken der Steuereinnahmen andere Debatten führen müssen als die, die wir heute hier zu führen haben.

Der Länderfinanzausgleich ist ein anderer Punkt auf der Einnahmenseite. Auch dieser wird von Ihnen ständig strapaziert. Sie wissen, dass wir Ihre Klage unterstützt haben. Die Frage ist, wann da endlich etwas im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird. Ich sage ganz deutlich: Wenn hier im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird, haben wir zusätzliche Gestaltungsspielräume, die wir jetzt deswegen nicht haben, weil der Länderfinanzausgleich von Ihrem Vorgänger damals dilettantisch ausgehandelt wurde. Darunter leiden wir noch heute. Es ist Ihnen zu danken, dass Sie Ihrem Vorgänger hier die rote Karte zeigen und sagen: Mein Lieber, so geht es nicht; wir wollen hier mit den anderen Bundesländern eine gerechte Lösung finden und nicht das, was der damalige Ministerpräsident Stoiber zugunsten schwächerer Länder versprochen hat, möglicherweise in der Erwartung, irgendwann einmal Bundeskanzler des geeinten Deutschlands zu werden. Die Erwartung hat sich dann nicht erfüllt.

Nun kommen wir zu den Ausgaben. Bei den Ausgaben geht es darum, Schwerpunkte zu setzen. Natürlich hat da jede politische Kraft ihre eigenen Schwerpunkte. Unser Hauptschwerpunkt war und ist die Stärkung der Kommunen. Herr Kollege Bachhuber, deswegen haben wir Änderungsanträge mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro eingebracht. Wenn Sie sagen, das sei unseriös, frage ich: Wie ist denn das, was Sie hier machen, zu beschreiben? Wir beschließen eine Schuldenbremse, die auch für die Kommunen wirkt, eine Schuldenbremse, die die Kommunen einzuhalten haben. Wir, der Freistaat Bayern, vereinnahmen das Geld treuhänderisch für die Kommunen, das wir dann im Finanzausgleich teilweise an sie weitergeben müssen. Die Kommunen sind nicht originär an der Einkommensteuer beteiligt, sondern erhalten ihre Anteile über den Finanzausgleich. Genau da sind wir gefordert, die Kommunen vernünftig auszustatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt sagen Sie, meine Damen und Herren: Momentan sind es 8 Milliarden Euro. Das sind aber nicht, lieber Herr Bachhuber, 8 Milliarden Euro, die wir den Kommunen geben. Diese gönnerhafte Art finde ich sehr bedenklich; denn die Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, finanziell ordentlich ausgestattet zu sein. Nein, wir als Treuhänder müssen die Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben vernünftig wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren, ohne die Kommunen können wir in München, können wir in Berlin und können die Zuständigen in Europa Gesetze und Verordnungen beschließen, Dinge, die das Leben der Menschen besser machen sollen, aber wenn die Kommunen diese Dinge nicht kofinanzieren können, wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, diese Gesetze in die Praxis umzusetzen, dann ist all das, was wir hier machen, für den Papierkorb. Die Kommunen sind diejenigen, die für das Leben vor Ort verantwortlich sind, für die Umsetzung unserer Ideen und Vorgaben, und dafür brauchen sie eine vernünftige finanzielle Ausstattung. Deswegen wollen wir das Verhältnis zwischen Freistaat Bayern und Kommunen in finanzieller Hinsicht auf neue Beine stellen. Dabei muss sich der Freistaat Bayern zukünftig mit etwas weniger begnügen, wohingegen die Kommunen etwas mehr bekommen. Das ist die Logik unserer Anträge.

Natürlich können wir in einen bestehenden Haushalt nicht eingreifen, Herr Kollege Bachhuber, das ist Ihnen sicherlich klar. Wir können nicht rückwirkend irgendwelche Kürzungen beschließen. Deswegen ist dieser Haushalt richtigerweise momentan aus Ihrer Sicht unterfinanziert, aus unserer Sicht sagen wir, wir verteilen die Finanzmittel anders. Das ist der Schwerpunkt, den wir setzen; denn wir sagen nicht nur bei Sonntagsreden, wir wollen die Kommunen stärken, wir untermauern dies auch durch unsere Politik im Bayerischen Landtag.

Und deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir die 15 % FAG-Mittel, die wir fordern. Wenn wir den nächsten Doppelhaushalt beraten, werden wir klar und deutlich sagen, wo dafür Kürzungen vorgenommen werden müssen. Ich gehe aber schon davon aus, dass die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht einvernehmlich

halb ruhend gestellt wird und erst im Jahr 2019 entschieden wird, wenn alles vorbei ist. Irgendwann wird man ja wohl hoffentlich eine Entscheidung bekommen, auf deren Grundlage man haushaltswirksam handeln kann.

Ich komme zu unseren Schwerpunkten im Bereich der Polizei. Hier muss ich einen Antrag herausgreifen, bei dem mir die Ablehnung im Ausschuss sehr wehgetan hat. Ich rede davon, dass wir 5 Millionen Euro für Schmerzensgeldansprüche von im Dienst verletzten Polizeibeamten bereitstellen wollten. Kollege Florian Herrmann, der hier vor mir sitzt, und ich haben es Ende der letzten Legislaturperiode nach jahrelangem Kampf im Ausschuss endlich durchgesetzt, dass wir einen Beschluss gefasst haben, dass diese Beamten entschädigt werden müssen. Wir haben es geschafft. Und jetzt, wenn wir das Ganze finanziell mit gerade einmal 5 Millionen Euro unterlegen wollen, scheitert das an der Mehrheit der CSU. Das verstehe, wer will.

Mit welchen Mitteln wollen wir die Polizeibeamten denn entschädigen, meine Damen und Herren? Oder war das nur ein Beschluss des unwichtigen Innenausschusses, und ein wichtiger Haushaltsausschuss gibt den Takt vor, und das Plenum nickt es ab? Wenn ich dann dagegensetze – auch das eine Kleinigkeit -, dass wir im Wirtschaftsministerium einen zweiten Amtschef brauchen, der entsprechend besoldet wird, während das Finanzministerium bekanntlich mit einem Amtschef auskommt, obwohl es nach meiner Auffassung in seiner Bedeutung und in seinen Aufgaben nicht geringer zu bewerten ist als das Wirtschaftsministerium, dann frage ich mich schon, wie andere hier Schwerpunkte setzen.

Unsere Schwerpunkte liegen bei der Polizei, der Bildung, der Jugend, der Gesundheit, den gleichwertigen Lebensverhältnissen und insbesondere der Infrastruktur. Der Kollege Muthmann wird im zweiten Teil noch vertieft und detailliert auf diese Themen eingehen. Ich denke, unsere Handschrift ist in den Anträgen deutlich erkennbar. Ich finde es sehr schade, dass die Mehrheit in diesem Hause der Meinung ist, all das könne man vom Tisch wischen. Aber, Herr Kollege Bachhuber, wie Sie richtig sagen, der Wähler vergisst nicht, auch wenn Sie Jahr für Jahr und Wahl für Wahl darauf hoffen.

Leider Gottes wird es aus Ihrer Sicht immer schlimmer, auch wenn es das letzte Mal eine kleine Verschnaufpause für Sie gegeben hat.

Aber kommen wir zur Sache selbst zurück. Ich meine, dass es – jetzt rede ich von Ihrem Stimmkreis, Herr Bachhuber, auch gern von einem Teil meines Stimmkreises - sehr wohl Regionen, Landkreise und Kommunen gibt, die dringend Hilfe brauchen, und dass wir in Bayern beileibe nicht in der Vorstufe des Paradieses sind. Oder wenn wir es denn sind, dann ist das Paradies so besonders erstrebenswert nicht, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Widerspruch bei der CSU)

- Ich weiß, Ihr Anspruch ist etwas geringer, liebe Kollegen. Aber es gibt hier im Freistaat noch vieles anzupacken und zu verbessern. Wenn Sie meinen, man könne sich behaglich zurücklehnen, dann überlassen Sie lieber denjenigen das Feld, die noch Engagement und Begeisterung dafür haben, etwas zu verbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Was ist passiert seit der Ersten Lesung zum Haushalt? – Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in der Zwischenzeit seinen Jahresbericht vorgelegt. Darin steht genau das, was ich hier in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt gesagt habe: Zu viele Ausgaben, auf Dauer kann das nicht gutgehen. Ich zitiere den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Fischer-Heidberger:

Diesen rasanten Ausgabenzuwachs halte ich für bedenklich. Das süße Gift der stetig steigenden Steuereinnahmen darf die Staatsregierung nicht dazu verleiten, bei der Ausgabendisziplin alle Zügel schleifen zu lassen.

Meine Rede in der Ersten Lesung:

Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus. Ziel muss es sein, dass Ausgaben und Einnahmen deckungsgleich sind, gerade in diesen wirtschaftlich florierenden Zeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist dann passiert? – Die CSU war unglaublich aufgeregt und ungehalten. Es war die Rede davon, eine Behördenverlagerung durchzuführen und den Bayerischen Obersten Rechnungshof nach Oberfranken zu verlagern. Aha: Behördenverlagerung als pädagogisches Element in der Politik der CSU? – Auch spannend.

Übrigens, diese Drohgebärden in Richtung ORH gab es nun schon zum zweiten Mal. Auch beim letzten Bericht des Rechnungshofes, also dem vorhergehenden, hieß es in etwa, auch in Wunsiedel gäbe es freie Gebäude. Was ist dann passiert? Man hat zusammen Kaffee getrunken, der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, der Ministerpräsident und der Finanzminister. Das Ergebnis des Gesprächs war – zumindest war es in den Medien so zu lesen -, der Ministerpräsident sei sich mit dem ORH einig. Laut Ministerpräsident Seehofer hat der Bayerische Oberste Rechnungshof recht; denn so könne es nicht weitergehen. Die Ausgaben stiegen zu extrem an.

Man muss schon erwähnen, dass es ganz erstaunlich ist, wenn dem ORH jetzt plötzlich in diesem Punkt recht gegeben wird. Ein kleiner Einschub an dieser Stelle: Schon in der Regierungserklärung vom November 2013, Herr Ministerpräsident, hieß es, ab sofort würden die Ausgaben gedrosselt. Schon da war Ausgabedisziplin verordnet worden. Oder noch einmal anders gesagt: Gestern haben Sie – das habe ich auch gelesen – für die Zukunft Mäßigung und solides Haushalten versprochen. Heute wollen Sie hier Rekordausgaben ohne Ende beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gilt heute schon wieder einmal nicht mehr das, was Sie gestern gesagt haben? Um 31 % ist der Haushalt gestiegen, seitdem der Ministerpräsident Seehofer heißt. Darin sind nicht einmal die Schulden der Landesbank eingeschlossen. Eine Drei-Prozent-Bremse wollen Sie sich bei den Ausgaben auferlegen. 3 % ist nicht mäßig oder solide, und das schon gar nicht, wenn man die um 31 % gestiegenen Ausgaben mit hineinrechnet. Wenn die Ausgaben 2015 und in den darauffolgenden Jahren um 3 % steigen, sind es knapp 1,5 Milliarden Euro mehr. Gleichzeitig sollen die Steuereinnahmen – das ist das offizielle Schreiben des Ministers – 2015 nur um 503 Millionen Euro und 2016 nur um knapp 590 Millionen Euro steigen. Damit ist das nächste Defizit vorprogrammiert. Die Steuereinnahmen lassen nur ein Wachstum von circa einem Prozent zu. Ich wiederhole: Ein Wachstum von 3 % in den Ausgaben bedeutet 1,5 Milliarden Euro mehr. Dem stehen bei den Steuermehreinnahmen einmal nur 500 Millionen und beim nächsten Mal nur knapp 600 Millionen Euro entgegen. Das heißt, das Defizit ist vorprogrammiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum Bayerischen Obersten Rechnungshof und zum Kaffeetrinken. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe recht, sagte der Ministerpräsident öffentlich. Oder sollte damit eher Finanzminister Söder wieder etwas in die Schranken gewiesen werden? Das alte Spiel: Jemand wird öffentlich gestutzt, damit niemand in der Nachfolgedebatte zu groß wird. Dass es ein "Weiter so" nicht geben kann, ist offensichtlich auch dem Finanzminister klar.

Ich zitiere aus einem internen Aufstellungsschreiben der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2015/2016: Die Steigerungsraten des Staatshaushaltes der letzten Jahre lägen massiv über der Preissteigerungsrate. In diesem internen Schreiben gibt es schöne Grafiken, daran sieht man das richtig. Ich zitiere weiter: Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass derartige Ausgabenzuwächse auf Dauer dargestellt werden können. Daher müssen wir sparsam und überlegt wirtschaften. – Dass jetzt solche Worte gewählt werden, ist doch nur ein Ausdruck dessen, dass demnächst keine Wahlen an-

stehen. Die Aussage, dass man nur noch 3 % mehr ausgeben möchte, ist das Eingeständnis, dass alle Wahlen vorbei sind, dass man keine Wahlgeschenke mehr machen muss und dass man deswegen jetzt theoretisch Ausgabendisziplin verordnen könnte. Allein mir fehlt der Glaube, denn das wäre eine ganz neue Haushaltspolitik. Man müsste nämlich das machen, was die Haushaltspolitik eigentlich verlangt, nämlich Prioritäten setzen und umschichten. Man müsste auch einmal unpopuläre Entscheidungen treffen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das machen die nicht!)

Das sind genau die Prinzipien, nach denen wir unsere Haushaltspolitik gestalten: Prioritäten setzen und umschichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte für diesen Nachtragshaushalt sind: Die Energiewende vorantreiben, den Klimawandel stoppen, für die Inklusion wenigstens ansatzweise etwas tun und die Bildung. Wenn Sie, liebe Staatsregierung, Ihre Politik endlich an diesen Prinzipien ausrichten würden, könnten Sie sich nicht immer nur die Gunst der Wählerinnen und Wähler oder die Gunst der eigenen Leute im Wettkampf um die Nachfolge des Ministerpräsidenten erkaufen. Besonders schön ist das bei einem Zitat von Markus Söder zu sehen. Nach der Kabinettsitzung vor zwei Wochen hieß es, dass auch ein starkes Land wie Bayern die Steigerungsraten der letzten drei Jahre bei den Ausgaben nicht auf Dauer durchhalten könne. Ziel sei es, die erfolgreiche Haushaltspolitik des Freistaates fortzusetzen. Markus Söder will also die Haushaltspolitik fortsetzen, obwohl sie nicht durchzuhalten ist. Das ist interessant. Das ist nicht nur ein semantisches, sondern auch ein praktisches Problem.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das, was in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer gesagt wurde, sind alles schöne Ziele. Doch wenn man es nur ein bisschen ernst meinen würde, dann wüsste man, was es kostet, diese Ziele zu

erreichen, und vor allem, wie man die Umsetzung dieser Ziele finanzieren will und kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier stelle ich jedoch Fehlanzeige fest. Nehmen wir als Beispiel die Garantie für die Grundschulen. In der Regierungserklärung hieß es recht wohlklingend, dass keine Grundschule geschlossen werden müsse. Das klingt sehr gut und wäre auch für uns ein sehr erstrebenswertes Ziel. Was ist aber seitdem passiert? Die Grundschule in Unterjoch muss schließen. Nichtselbstständige Grundschulen waren angeblich mit dieser Aussage nie gemeint. So stand es aber nicht in der Regierungserklärung. Das ist erst im Nachhinein so erklärt worden. Auf die Frage, wie und mit welchem Konzept selbstständige Grundschulen Bestandsgarantie haben sollen, sind Sie uns im Landtag, aber auch den Wählerinnen und Wählern bislang eine Antwort schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen passiert Folgendes: Wir beantragen ein Modellkonzept für den Erhalt von Grundschulen. Ich halte das für eine vernünftige Lösung. Wir beantragen nicht, dass jede Grundschule erhalten wird, sondern wir beantragen ein Modellkonzept. Was ist mit unserem Antrag passiert? - Er wurde abgelehnt.

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung war die Ganztagsgarantie. Ganz abgesehen davon, dass dieses Versprechen nicht im Haushalt abgebildet ist, wurde es im November abgegeben. Was ist eigentlich mit der Ganztagsgarantie gemeint? Diese Frage habe ich schon bei der Ersten Lesung gestellt und leider keine Antwort darauf bekommen. Alle Kinder bis vierzehn, hieß es, sollen diese Garantie bekommen. Was meinen Sie damit? Welche Klasse soll das sein, und sollen es alle sein, die das wollen? Oder soll es nur ein Rechtsanspruch entsprechend dem Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte sein? Was ist mit der Ganztagsgarantie gemeint? Was ist seitdem passiert? - Nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung hieß "Bayern barrierefrei bis 2023". Wie und wann soll das finanziert werden? Ist "Bayern barrierefrei 2023" das neue Schlagwort nach "Bayern schuldenfrei bis 2030"? Ist das wieder nur ein Motto ohne Plan und ohne Geld reinzustecken? Schon bei der Ersten Lesung hatte ich darauf hingewiesen, dass es Haushaltsreste in Höhe von 410 Millionen Euro gibt, mit denen unter anderem Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden könnten. Das wäre doch etwas. Verwenden Sie doch wenigstens die Haushaltsreste und gehen Sie ein kleines Stück in Richtung "Bayern barrierefrei".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso habe ich bei der Ersten Lesung mir und Ihnen die Frage gestellt, mit wie viel Geld die CSU-Fraktion die Kürzungen der Staatsregierung bei der klassischen Behindertenhilfe ausgleichen will. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich spreche hier nicht von der Inklusion oder von Geld für die Inklusion, sondern schlicht und einfach von der klassischen Behindertenhilfe, also von Investitionszuschüssen für Menschen mit Behinderung. Wir wissen doch alle, dass Menschen mit Behinderung heutzutage aufgrund der medizinischen Fortschritte Gott sei Dank älter werden. Was heißt das aber? Man bräuchte mehr Geld für Menschen mit Behinderung; denn dafür steigen die Ausgaben. Um es ganz klar zu sagen, wir brauchen mehr Geld für die Menschen mit Behinderung und die dafür erforderliche Infrastruktur.

Was passiert bei diesem Nachtragshaushalt? Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2014 steigt das Volumen auf fast 50 Milliarden Euro. Was machen Sie, liebe Staatsregierung, sehr geehrte Frau Sozialministerin Müller? – Sie lassen bei der klassischen Behindertenhilfe tatsächlich eine Kürzung um 3,5 Millionen Euro zu.

Die CSU-Fraktion mildert die Kürzung zwar ab; aber im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt 2011/12 fehlen immer noch 1,5 Millionen Euro. Da kann ein Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung noch so sehr vom Ziel "Bayern barrierefrei 2023" reden,

das nützt nichts, wenn hierfür kein Geld in den Haushalt eingestellt wird und wenn dann in der klassischen Behindertenhilfe sogar noch gekürzt wird. Genau deswegen stellen wir unsere beiden Anträge namentlich zur Abstimmung, die lediglich eine Zurücknahme der Kürzung beinhalten, die also nicht mehr Geld fordern, sondern einfach die Kürzung, die die Staatsregierung eingestellt und die CSU-Fraktion nicht ausgeglichen hat, zurücknehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns bislang außerdem Geld kostet, und zwar bislang unsinnig – es fehlt auch jeglicher Beweis eines positiven Effektes -, ist die Verlagerung bzw. Teilverlagerung von Behörden. Mit diesem Nachtragshaushalt hätten wir noch einmal die Chance gehabt, eine Ausgabe zu stoppen, die die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen 20 Millionen Euro kostet, nämlich die unsinnige Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamtes München nach Höchstädt.

Außerdem wurde auch noch der Bayernplan groß angekündigt und wurden weitere Behördenverlagerungen angedroht. Anders kann man es nicht sagen, weil das bisher nie effektiv war und einfach viel Geld gekostet hat. Es wurde auch schon vom Bayerischen Obersten Rechnungshof bemängelt. Strukturpolitik auf Kosten der Verwaltung, der Menschen in der Verwaltung und auf Kosten von Synergieeffekten in der Verwaltung ist ein Armutszeugnis.

Mit diesem Nachtragshaushalt wird zum ersten Mal der neue Ressortzuschnitt abgebildet. Was ist passiert? Ein Finanzminister, gleichzeitig der neue Heimatminister, bekommt einen beträchtlichen Teil an Zuständigkeiten, wofür Geld ausgegeben werden muss. Ich werde im Gegensatz zur Ersten Lesung nicht weiter ausführen, wie der Heimatminister den Finanzminister darum bittet, im Haushaltsvollzug Ausgaben zu genehmigen, und sich dann über die durch den Finanzminister Dr. Söder, den Bezirkschef oder den Ich-möchte-gerne-Ministerpräsident-werden-Söder genehmigten Ausgaben freut.

Wie das so zugeht, haben wir gerade erst bei dem Kompetenzgerangel um den digitalen Aufbruch in Bayern in der Aktuellen Stunde erlebt. Darauf möchte ich auch nicht weiter eingehen; das haben wir alle in der letzten Woche hier leibhaftig erlebt.

Was ist in der Ressortverteilung noch passiert? Durch die Zusammenlegung von Schule und Hochschule ist ein Superministerium gebildet worden. Ich bin ganz ehrlich: Auch ich als haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion dachte ziemlich lange, dass das eine gute Möglichkeit wäre, in der Ministerialbürokratie Geld zu sparen. Aber dann habe ich Gespräche mit Verbänden und Vertretern aus den Ministerien geführt und erkannt, dass die Zusammenlegung kaum einen Spareffekt hat und vor allem nichts bringt bzw. ein viel zu großes Monstrum geschaffen hat. Ich erspare Ihnen und mir die Zitate, die aus Ihren eigenen Reihen über den neuen Superminister Spaenle in der Debatte um die Lehrer- und Lehrerinnenstellen fielen. Sie würden sehr wohl deutlich machen, dass man mit der Führung dieses Amtes nicht zufrieden ist. Aber Ressortzuschnitte kann man ja auch wieder ändern, liebe, sehr geehrte Staatsregierung.

Dann gibt es ein paar kleinere Zuschnitte, zum Beispiel die sinnvolle Verlagerung der Schiene zur Straße ins Innenministerium. Vielleicht erkennt man dann endlich, dass die Schiene etwas mehr Bedeutung bräuchte. Dann gibt es noch das angeblich andere Superministerium, das der Wirtschaft. Weil dort große Teile wie die Schiene und das Landesentwicklungsprogramm herausgenommen wurden, gibt es da jetzt zwei Amtschefs. So macht man es. Wenn man auf der Personalseite einsparen will, nimmt man Bereiche aus einem Ministerium heraus, und dafür gibt es zwei B-9-Stellen.

Für all diese Ausgaben, für all die Versprechen, die der Ministerpräsident hier und sonstwo macht, braucht man Einnahmen. In dem internen Aufstellungsschreiben zum nächsten Doppelhaushalt steht lapidar: Alle Möglichkeiten, Einnahmenansätze zu erhöhen, sind weiterhin konsequent auszuschöpfen. Im Hinblick auf die Politik und auf das, was in Bayern bisher passiert ist, ist das zwar ein Widerspruch in sich – ich komme darauf gleich zu sprechen -; aber das wäre ein Leichtes für den Freistaat.

Jahr für Jahr bemängelt der Bayerische Oberste Rechnungshof: Die Finanzverwaltung ist massiv unterbesetzt. Vor einigen Jahrzehnten hat das an der gleichen Stelle meine Vorgängerin Emma Kellner bemängelt, und selbst in den eigenen Reihen heißt es, wie gesagt, mehr oder weniger offiziell, die Unterbesetzung der Finanzverwaltung sei Absicht, weil man damit Betriebe und reiche Menschen nach Bayern locken möchte. Doch gerecht geht anders. Vor allem brauchen wir diese Einnahmen, um das, was Sie sich oder wir uns vorgenommen haben, in den nächsten Jahren zu finanzieren.

Bisher habe ich über das gesprochen, was wir mindestens einmal im Halbjahrestakt – beim Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs und bei den Haushaltsberatungen – hier im Landtag diskutieren. Sie weisen im Bereich der Finanzverwaltung mit Absicht zu wenig Stellen aus. Doch dieses Mal ist es noch anders. Die Staatsregierung hat der Steuerverwaltung versprochen, dass dann, wenn die Bearbeitung der Kfz-Steuer an den Bund übergeht, die Steuerverwaltung alle diese Stellen bekommt. Der Vermerk "künftig wegfallend" wird analog zu dem, was aufgrund des Druckes durch die Kommunalwahlen jetzt zum Glück bei den Lehrerstellen passiert ist, gestrichen. Damit werden die Stellen erhalten.

Doch was ist passiert? - 25 der der Finanzverwaltung versprochenen Stellen gehen einmal wieder in den Topf, nämlich dahin, wo man laut eigener Bekundungen abbauen will. Aber man braucht eine neue Spielwiese für den Finanzminister: die Filiale des neu geschaffenen Heimatministeriums in Nürnberg. Dorthin gehen nun eben einmal die 100 Stellen, die man eigentlich ganz dringend in der Finanzverwaltung bräuchte.

Schauen wir uns doch einmal den Bundesländervergleich an. In der Steuerverwaltung belegt Bayern fast immer den letzten Platz bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung. Dabei will Bayern immer spitze sein. Seien Sie doch einmal spitze! Das wäre erstrebenswert. Streichen Sie den kw-Vermerk und lassen Sie die Stellen für die Kfz-Steuer bei der Steuerverwaltung. Sie würden damit auch etwas für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates tun; denn diese würden endlich entlastet. Dass die bayerische Steuerverwaltung sehr, sehr gute Arbeit leistet, zeigen die guten

Prüfergebnisse, die so gerne von Ihnen zitiert werden. Tun Sie etwas für die Einnahmen Bayerns! Stärken Sie die Steuerverwaltung, so wie Sie es versprochen haben!

Jetzt müssen wir noch drei Schritte zurückgehen; denn Sie müssten mehr Planstellen einrichten, um die Steuerverwaltung zu stärken. Sie müssten alle Stellen, die Sie der Steuerverwaltung versprochen haben, der Steuerverwaltung überlassen. Aber jetzt wird es völlig absurd. Wir hier im Hohen Haus sind uns alle einig, dass wir mehr Menschen in der Finanzverwaltung brauchen. Da nehme ich auch gern die Aussagen und die Stoßrichtung der Staatsregierung wahr und begrüße sie. Doch was passiert? - Stellen bleiben unbesetzt. Im Haushaltsplan stehen fast 2.000 Stellen mehr, als in der Finanzverwaltung tatsächlich besetzt sind. Da frage ich mich schon, wie so etwas sein kann. Weigert sich etwa das Finanzministerium, den Haushaltsplan zu vollziehen? Was nützt es, wenn der Landtag einen Stellenplan beschließt und die Regierung die Hände in den Schoß legt?

Ein nächster Punkt. Wir brauchen mehr Stellen in der Finanzverwaltung; da sind wir uns alle einig – so einig, dass Finanzminister Söder sogar behauptet, die Steuerverwaltung habe 2009 fast 1.500 zusätzliche Stellen erhalten. 1.500 neue Stellen für Steuerfahnder sind geschaffen worden. Da frage ich mich schon, wie das gehen soll, wenn die Zahl der Planstellen in der Finanzverwaltung nur um gut 400 gestiegen ist. Angeblich sind 1.500 neue Stellen geschaffen worden; aber die Zahl der Planstellen ist nur um 400 angewachsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Diese Rechnung schafft nur Markus Söder!)

- Danke, Herr Kollege Halbleib. Neue Zahlen- und Rechenricks vonseiten der Staatsregierung, die wir aus der Diskussion um Lehrerstellen schon gewohnt sind, schlagen jetzt auch hier auf. Bei der Höhe der Rücklage kann man allerdings nicht mehr nett von Rechenricks reden. Da gibt es nichts weiter als eine falsche Darstellung der Tatsachen, Herr Dr. Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Beginn dieses Doppelhaushalts hatten wir gut 4 Milliarden Euro in der Rücklage. Ende 2014 werden es nach Ihren eigenen Angaben 3 Milliarden Euro sein. Wenn also der Finanzminister sagt, dass er die Rücklage aufgestockt hat, ist das schlichtweg falsch. 3 Milliarden Euro sind weniger als 4 Milliarden Euro. Das ist ganz einfach und schlicht festzustellen.

Apropos fehlende Einnahmen: Bei der Landesbank sah es einmal kurz, ganz zufällig vor der Landtagswahl, so aus, als ob die Landesbank in Zukunft tatsächlich dem Staat wieder mehr Geld einbringt, als sie ihn kosten würde. Dies war einmal ganz kurz vor der Landtagswahl. Jetzt ist es wie folgt: Die BayernLB hat im vergangenen Jahr keinen Gewinn erzielt, und jetzt darf sie keine Dividende ausschütten. Um das auszugleichen, zahlen Sie aus dem entsprechenden Kapitel, der stillen Einlage, knapp 400 Millionen Euro, damit das Loch in diesem Jahr gestopft wird. – Schön und gut. Aber: Mehr Geld gibt es dadurch auf Dauer nicht. Die Rückzahlung der stillen Einlage wird einfach nur vorgezogen, um die ausbleibenden Zahlungen auszugleichen.

Trotz aller Rückzahlungsrhetorik vonseiten der Staatsregierung sieht die Bilanz für den Haushalt immer noch negativ aus. Die Landesbankrettung wird die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis Jahresende gut 12 Milliarden Euro gekostet haben. Wenn der Plan aufgeht, aber auch nur dann, wird die Bank bis Jahresende knapp 1,7 Milliarden Euro an den Staat gezahlt haben. Es bleibt immer noch ein Minus von gut 10,5 Milliarden Euro übrig. Die Tilgung der Schulden der Landesbank ist also bis auf Weiteres verschoben – ganz zu schweigen von den Risiken, die aufgrund der Hypo Alpe Adria noch bestehen könnten.

Auf der Einnahmenseite gab es an dieser Stelle zumindest noch in der letzten Legislatur, also vor nicht gar zu langer Zeit, einen Punkt, über den wir einen ganz großen Dissens hatten. Sie waren hier und erklärten es als Ihr wichtigstes Ziel, das Einzige, was erstrebenswert ist, die kalte Progression abzubauen. Wenn wir in der letzten Legislatur, meist in Person von Eike Hallitzky, auch nur wagten zu sagen, dass dieses zwar ein schönes, ein wirklich erstrebenswertes Ziel sei, man aber für eine Gegenfinanzie-

rung sorgen müsse, bevor man an den Abbau der kalten Progression herangehen könne, weil alles andere unsolide sei, was passierte dann? – Da war das Geschrei auf dieser Seite des Hauses groß, allen voran von Dr. Söder, dass die GRÜNEN dem kleinen Mann wieder nichts von seiner Hände Arbeit gönnen usw. und so fort. Was Sie, Herr Dr. Söder und Herr Ministerpräsident, in Bezug auf die kalte Progression vor der Wahl und nach der Wahl gesagt haben, ist schlicht und einfach Wählertäuschung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert denn seitdem mit den Einnahmen? - Sie sprudeln weiterhin. Man will dies gar nicht wahrhaben. Es gibt aber immer mehr Steuermehreinnahmen; das ist so. Deswegen ist dies Wählertäuschung.

Ganz kurz zum FAG. Auch wir wollen – das haben wir im letzten Doppelhaushalt beantragt und werden es auch wieder tun – den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund von 15 % anheben. Das haben wir jetzt im Nachtragshaushalt nicht abgebildet; wir werden es aber noch tun. Wir finden es sehr wichtig, dass der kommunale Anteil angehoben wird. Wir wollen nicht den goldenen Zügel nach dem Motto: hier einmal und da einmal eine Bezuschussung, sondern wir wollen den Anteil am allgemeinen Steuerverbund anheben.

Was ist seit der Ersten Lesung passiert? – Sie, die CSU-Fraktion, haben den Haushalt kein bisschen generationengerechter gemacht. Nach wie vor gilt der Grundsatz: Egal, wie unsolide es ist, werden die Schulden PR-wirksam getilgt, statt etwas für die Vorsorge zu tun. Warum unsolide? – Die Schuldentilgung ist geringer als die Rückzahlung der BayernLB und die ersparten Mittel für die Vorsorge insgesamt. Das belegt, dass das Konzept mit dem neuen Pensionsfonds schon im Eimer ist, bevor es richtig losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Wähler- und Beamtentäuschung. Noch einmal anders gesagt: Der Griff in die Rücklage, um Einnahmen und Ausgaben bei diesem Nachtragshaushalt auszugleichen – das sind über 800 Millionen Euro –, ist größer als die angebliche Schuldentilgung von 500 Millionen Euro.

Wir wollen stattdessen einen Haushalt, der grün, generationengerecht und sozial gerecht ist. Unsere Schwerpunkte sind: mehr Geld für energetische Sanierung, weniger für Staatsstraßen, im Bereich Soziales mehr Geld für Schwerbehinderte, Blindengeld, keine Kürzung im Behindertenplan, mehr Geld für die Asylsozialberatung, in der Bildung mehr Geld für Ganztagschule und Inklusion. Alle unsere Anträge sind gegenfinanziert, wie Kollege Bachhuber vorher bestätigt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielen Dank für die Ehrlichkeit an dieser Stelle und auch im Ausschuss. Ich habe das vorher schon in einer Zwischenbemerkung gesagt. Im Gegensatz zur CSU sind wir mit unseren Anträgen ohne Mehrausgaben ausgekommen. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Peter Winter von der CSU.

Peter Winter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Ministerpräsident! Liebe Frau Stamm, Schuldentilgung ist Vorsorge. Ich hätte mir Visionen gewünscht. Stattdessen haben Sie im Klein-Klein irgendwelche Dinge aus dem Haushalt herausgepickt, um dann darzustellen, wie Sie sich Haushaltsgestaltung vorstellen. Ich habe eigentlich geglaubt, dass Sie in die Zukunft blicken, statt nur rückwärtsgerichtet irgendwelche Thesen zu vertreten, auf die ich noch eingehen werde.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass wir heute nach wirklich arbeitsintensiven Wochen der Beratungen im Haushaltsausschuss den 2. Nachtragshaushalt 2014 beschließen können. Auch ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. In fünf Sitzungen haben wir in über 22 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft streitig, aber, wie ich meine, letztlich doch konstruktiv zusammengearbeitet. Lieber Herr Kollege Knoblauch, auch wir wissen, auch aus unserer kommunalen Tätigkeit, dass Haushalte keine Wunschkonzerte sind, sondern dass man Einnahmen und Ausgaben immer sehr sorgfältig abwägen muss.

Mein Dank gilt unserem Finanzminister und seinen beiden Staatssekretären für ihre stetige und aktive Präsenz bei unseren Beratungen. Aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien gilt der Dank für die gute Vorbereitung unserer Sitzungen.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Sehr schön!

(Allgemeiner Beifall)

- Das wird den Mitarbeitern gefallen. Ich danke Ihnen.

Wir haben neben dem Nachtragshaushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 14 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Ausschuss 238 Änderungsanträge und eine stattliche Zahl von Eingaben bewältigen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Opposition, ich kann die Worte von Franz Müntefering sehr gut nachvollziehen, dass es schwer ist, einem solchen positiven Zahlenwerk, das den Menschen in Bayern hilft, etwas entgegenzuhalten, wenn die Faktenlage eindeutig ist.

Wir, die CSU-Fraktion, haben mit 17 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Nachtragshaushalt gesetzt, auf die ich später eingehen werde. Ich bedanke mich auch für die nahezu einstimmige Zustimmung zu diesen Anträgen der CSU-Fraktion.

Bayern ist das Land der stabilen Staatsfinanzen. Daran lassen wir nicht rütteln. Wir haben in Bayern gezeigt, dass solide Haushaltspolitik zugleich die Grundlage für eine Politik der Zukunftsgestaltung ist. Abgesehen von unserer Investitionsrate investieren wir in unsere Familien, in beste Bildung und in Innovation. Der Haushalt ohne neue Schulden und seit 2012 der konsequente Schuldenabbau sind wesentliche Bausteine unserer erfolgreichen Strategie. Wir stärken den Standort Bayern im internationalen Wettbewerb dauerhaft, indem wir Gestaltungsspielräume erhalten und ausbauen. Nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte und Haushaltskonsolidierung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Bayern ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Unsere hervorragende Bilanz ist das Ergebnis des Einsatzes und der Arbeit unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine wettbewerbsstarke Wirtschaft mit einer hohen Investitionskraft. Mit einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 2008 bis 2013 in Höhe von 8,5 % belegt der Freistaat Bayern im Ländervergleich mit Abstand eine Spitzenposition. Bayern ist der Wirtschaftsmotor in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Laut einer aktuellen Auswertung des IW Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den besten zehn Regionen finden sich jeweils sieben bayerische Regierungsbezirke.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Ausdruck unserer Wirtschaftspolitik für ganz Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regierungsbezirken. Diese Entwicklung unterstützen wir auch durch eine massive Aufstockung der Regionalförderung. Wir haben die Regionalförderung im Nachtragshaushalt 2012 um 40 Millionen Euro und im Doppelhaushalt 2013/2014 um weitere 20 Millionen Euro auf derzeit rund 160 Millionen Euro erhöht. Das zeigt: Wir tun viel für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

Angesichts dieser positiven Daten finde ich manchen Vorwurf der Opposition etwas verwunderlich. Wenn man sich die Vorwürfe und die Änderungsanträge der Opposition näher anschaut, fällt vor allem eines auf. Das Motto lautet: mehr fordern, ohne seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Vorschläge zur Gegenfinanzierung oder Umschichtung gemacht werden, sind diese oft untauglich, wie etwa der Vorschlag der GRÜNEN, die Mittel für die Schuldentilgung in Höhe von 540 Millionen Euro in den Pensionsfonds zu stecken. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das passt nicht zu unserem Gesamtkonzept aus Schuldenabbau und Pensionsvorsorge.

Liebe GRÜNEN, wir können auch einer Streichung des Frankenschnellweges nicht zustimmen, weil wir für dieses Land eine funktionierende Infrastruktur brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Die Schuldzinsen, die wir uns bei einem vollständigen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 – ab dem Jahr 2031 dauerhaft – ersparen, dienen gerade der Mitfinanzierung künftiger Pensionsaufwendungen. An dieser Stelle möchte ich auch einige Beispiele für schlicht nicht finanzierbare Änderungsanträge der Opposition nennen, die wir im Ausschuss intensiv beraten haben. So haben die FREIEN WÄHLER – Herr Kollege Bachhuber hat darauf hingewiesen – allein zum kommunalen Finanzausgleich Mehrausgaben in Höhe von über einer Milliarde Euro gefordert, ohne zu verraten, woher der Freistaat das Geld nehmen soll. Das sind allein die Mehrforderungen der FREIEN WÄHLER zum kommunalen Finanzausgleich, die bezifferbar sind.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir lassen keine Kommunen verhungern!)

– Bei uns hungert niemand. Gucken Sie sich einmal ein bisschen um. Ich weiß nicht, wo Sie in Afrika unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Man könnte fast meinen, die FREIEN WÄHLER haben sich von Anträgen der SPD inspirieren lassen, mit denen die SPD – zugegebenermaßen kurz vor der Kommunalwahl – für Kommunen einen Maximalforderungskatalog aufgestellt hat. Bereits in der Ersten Lesung habe ich erwähnt, dass allein die darin enthaltenen Forderungen zum kommunalen Finanzausgleich den Freistaat mehr als eine Milliarde Euro kosten würden, ohne dass Sie einen einzigen Vorschlag zur Gegenfinanzierung machen, ohne zu sagen, woher das Geld kommt.

Derzeit habe ich aber den Eindruck, dass die FREIEN WÄHLER die SPD überholen wollen. Die FREIEN WÄHLER haben jetzt zum kommunalen Finanzausgleich eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt, zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils – wir haben es gehört –, die Erhöhung der Investitionskostenförderung für bayerische Krankenhäuser – die Kommunen wollen da etwas anderes, was man erfährt, wenn man mit ihnen spricht – und die Erhöhung der Zuweisung für notwendige Schülerbeförderungskosten. Allein diese drei Punkte belaufen sich nochmals auf 800 Millionen Euro. Wir reden hier von Änderungsanträgen zu einem Nachtragshaushalt.

Wenn man diese Anträge sieht, könnte man annehmen, dass der kommunale Finanzausgleich 2014 stark zurückgegangen ist, doch das Gegenteil ist der Fall: Mit über knapp 8 Milliarden Euro hat der kommunale Finanzausgleich ein absolutes Rekordniveau erreicht. Wir sind und bleiben unseren Kommunen ein starker und verlässlicher Partner. Wir unterstützen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ich glaube immer alles, was ich sage. Lieber Herr Pohl, noch ein kurzes Wort zur Gegenfinanzierung. Sie haben den Satz gesagt – so kann man es jedenfalls in den Nachrichten des Bayerischen Beamtenbundes lesen, dieser Satz hat mir eigentlich sehr gefallen –: "Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sucht jedoch auch nach Einsparmöglichkeiten." Aus Ihren Änderungsanträgen muss ich allerdings schließen, dass Sie nach solchen Einsparungsvorschlägen noch auf der Suche sind; denn bisher haben wir im Haushaltsausschuss alle noch keine Vorschläge gehört. Oder meinen Sie damit unsere verantwortungsvolle Haushaltspolitik? Unsere Haushaltspolitik zeichnet sich nämlich durch folgende Schwerpunkte aus: den Haushalt ohne neue Schulden und den konsequenten Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Ausgaben im Jahr 2014 sind solide finanziert. Alle zusätzlichen Ausgaben im Nachtragshaushalt werden aus eigenen Mitteln erbracht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Auch wenn man von Oppositionsseite die Dinge gerne etwas anders darstellt, ist Fakt: Der Freistaat Bayern gibt nur das aus, was vorher erwirtschaftet worden ist.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir machen keine neuen Schulden, nein. Wir zahlen Schulden zurück. Im Zeitraum 2012 bis 2014 haben wir bereits 2,54 Milliarden Euro zurückgezahlt. Daran ändern auch Vorwürfe der Opposition über eine versteckte Verschuldung und all diese Dinge nichts. Irgendwie gewinnt man den Eindruck, liebe Opposition, die solide Finanzpolitik der CSU soll mangels anderer Fakten kleingeredet werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit diesem Nachtragshaushalt reagieren wir auf Notwendigkeiten. Zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers im Mai/Juni 2013 und der sich daraus ergebenden schwieri-

gen Verhältnisse werden 404 Millionen Euro vorgesehen. Die Mehrausgaben zur Zahlung im Länderfinanzausgleich von 200 Millionen Euro tun mir weh. Diese Summe ist ebenso eingestellt wie die auch in Bayern steigenden zusätzlichen Ausgaben im Asylbereich in Höhe von rund 180 Millionen Euro.

Traditionell wird in den Nachtragshaushalten der Stellenplan nicht allgemein geöffnet. Der zweite Nachtrag 2014 beschränkt sich daher auf die weiteren Verbesserungen im Stellenbereich und auf besondere Schwerpunkte, nämlich auf den Hochwasserschutz, auf die Justiz und vor allem auf die Finanzverwaltung. Sie kennen die Zahlen. Auch auf diesen Gebieten haben wir Stellen geschaffen.

Daneben haben wir als CSU-Fraktion die Garantie abgegeben, dass in dieser Legislaturperiode trotz der auch in Bayern sinkenden Schülerzahlen alle Lehrerstellen an den Schulen erhalten bleiben. Das spricht dafür, dass 829 Lehrerstellen auch im Schuljahr 2014/2015 fortbestehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gilt das für alle?)

– Herr Kollege Pohl, Sie waren in den Ausschusssitzungen dabei. Sie haben doch mitgemacht und wissen auch, dass wir diese Garantie abgegeben haben und die Lehrer einstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit der Lehrerstellengarantie setzen wir ein Zeichen für den Ausbau der Ganztagschulen, die Inklusion, die Stützung kleiner Grundschulstandorte und den Ausbau der individuellen Lernzeit.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auch Hindelang?)

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtrages ist die Finanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde. Im Nachtragshaushalt wird die Erhöhung für 2014 ausfinanziert und fi-

nanziell abgesichert. Auch da stehen wir bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wort.

Wir haben als CSU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einige wichtige Schwerpunkte gesetzt, insbesondere bei den Investitionen. Insgesamt haben wir Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro mit auf den Weg gebracht. Mit 25 Millionen Euro ist gut die Hälfte davon für den Erhalt unserer Staatsstraßen und Brücken vorgesehen. Wir gewichten damit die Bestandserhaltung stärker als den Neubau. Bereits der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung der Mittel für den Umbzw. Ausbau von Staatsstraßen um 10 Millionen Euro vor; damit lagen wir bereits bei Investitionen von 225 Millionen Euro in diesen Bereich. Rechnet man die erwähnten 25 Millionen Euro hinzu, kommt man auf insgesamt 250 Millionen Euro allein an investiven Baumitteln für die öffentliche Straßeninfrastruktur im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Mit den geplanten Baumaßnahmen stärken wir gezielt die Verkehrsinfrastruktur und verbessern so die Anbindung der ländlichen Räume an die Ballungszentren.

Wir unterstützen die Energiewende. Auf Initiative unserer Fraktion werden im Jahr 2014 10 Millionen Euro zusätzlich für die Steigerung der Energieeffizienz staatlicher Gebäude bereitgestellt. Damit verbessern wir das bestehende Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" für das laufende Jahr von 20 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um den CO₂-Ausstoß in Bayern nachhaltig zu reduzieren.

Was den Bereich der inneren Sicherheit angeht, so wollen wir unsere Polizistinnen und Polizisten noch besser gegen Gewalt schützen. Mit rund 5,5 Millionen Euro wird die Schutzausrüstung der Polizei weiter verbessert. Ich erinnere an die Debatte, die wir hier über den Einsatz unserer Polizistinnen und Polizisten in Hamburg geführt haben. Mit den zusätzlichen Mitteln beheben wir Schwachstellen in deren Ausrüstung. Wir wollen die schützen, die uns schützen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Für Investitionen in staatliche Liegenschaften stellen wir insgesamt 5 Millionen Euro zusätzlich bereit. Ein Teil der geplanten Maßnahmen dient dazu, ein Mindestmaß an Barrierefreiheit umzusetzen. So wollen wir Menschen mit Behinderung zum Beispiel den selbstständigen Konzertbesuch im Herkulessaal und im Brunnenhof der Münchner Residenz ermöglichen. Diese Maßnahmen sind ein Schritt in Richtung unseres erklärten Ziels, ein barrierefreies Bayern zu erreichen.

Auf Initiative unserer Fraktion werden außerdem 3,75 Millionen Euro für Verbesserungen im sozialen Bereich zur Verfügung gestellt. Davon sind 2 Millionen Euro zur Umsetzung des Bayerischen Landesplanes für Menschen mit Behinderung vorgesehen. Daneben stellen wir 1,75 Millionen Euro für den Ausbau der Asylsozialberatung bereit. Die Asylsozialberatungsstellen sind die zentralen Ansprechpartner der Asylbewerber vor Ort. Wir wollen auch hier ein Zeichen setzen.

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Auch im Bereich der Bildung sind digitale Technologien und Kompetenzen für das Informationszeitalter ein treibender Motor unserer Zukunftsfähigkeit. Im Nachtragshaushalt wollen wir die digitale Bildung mit rund 1 Million Euro voranbringen. Mit diesen Mitteln soll die Entwicklung einer neuen zentralen Software zur Umsetzung der digitalen Bildung in Bayerns Schulen gefördert werden. Damit helfen wir den Schülerinnen und Schülern bei der Entfaltung ihrer digitalen Bildungskompetenz. Außerdem haben wir im Bildungsbereich dafür gesorgt, dass die Schulaufwandspauschale zum 1. August 2014 erhöht wird. Dadurch verbessert sich die Förderung privater Träger von Grund- und Hauptschulen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Peter Winter (CSU): - Ununterbrochen. – Noch kurz:

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine halbe Million Euro für den Kampf gegen die Droge Crystal Meth eingesetzt. Damit wollen wir ein Zeichen gegen dieses verheerende Drogenproblem im bayerisch-tschechischen Grenzraum setzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bin fest davon überzeugt, dass das ein Nachtragshaushalt für die Zukunft ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Lieber Herr Kollege Winter, ich wollte Sie zwar unterbrechen, aber nicht vom Podium vertreiben.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben nämlich noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter, geschätzter Herr Kollege Winter,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie haben gesagt, dass das, was ich vorhin dargelegt habe, Klein-Klein gewesen sei. Daher möchte ich noch einmal die wichtigsten Fakten nennen: Dieser Nachtragshaushalt weist ein Finanzierungsdefizit von 820 Millionen Euro auf. Einnahmen und Ausgaben klaffen insoweit auseinander. Das Geld wird aus der Rücklage genommen. 820 Millionen Euro – wenn Sie das Klein-Klein nennen, finde ich das schon sehr spannend.

Dann haben Sie ein schönes Beispiel genannt: Die Residenz wird mit Ihrer Hilfe barrierefrei ausgebaut. Das ist begrüßenswert. Nichtsdestotrotz wünsche ich mir, dass es in der klassischen Behindertenhilfe nicht zu Kürzungen kommt. Die behinderten Menschen brauchen diese Infrastruktur. Geben Sie sich heute einen Ruck und stimmen Sie unseren Anträgen zu! In diesem Bereich fehlen 1,5 Millionen Euro. Es kommt letztlich zu einer Kürzung und nicht zu einer Steigerung, die wir aber brauchen.

Ferner möchte ich fragen, was Klein-Klein daran ist, wenn wir – im Gegensatz zu Ihnen – unsere Anträge gegenfinanzieren. Laut Anträgen der CSU-Fraktion kommen noch einmal 20 Millionen Euro aus der Rücklage.

Schließlich möchte ich wissen, was Klein-Klein daran ist, wenn ich die Staatsregierung auffordere, einfach nur zu beziffern, wie viel all die Versprechungen kosten, die Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung abgegeben hat. Es gibt keinerlei Plan, was die Grundschulgarantie und die Ganztagsgarantie angeht. Wie wollen Sie die Ziele erreichen, wie wollen Sie das finanzieren? Wir sind, was diese Ziele angeht, gern dabei. Aber wir müssen wissen, wie Sie das alles finanzieren wollen. Ich bin gespannt.

Neulich haben sich CSU und Staatsregierung selbst verordnet, nicht mehr 6 %, sondern nur noch 3 % Steigerung des jährlichen Haushaltsvolumens vorzusehen. In den vergangenen Jahren, insbesondere vor Wahlen, waren Steigerungen um 6 % normal. Ich bin gespannt darauf, wo Sie umschichten, einsparen und Prioritäten setzen, nachdem Sie alle Umschichtungsvorschläge, die von uns kommen, gleich schlechtmachen. Ich würde jedenfalls gern Mäuschen in der CSU-Fraktion sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Ich unterstelle einfach, dass die Verwaltung des Hohen Hauses dafür sorgt, dass in unserem Konferenzsaal keine Mäuse herumlaufen. - Liebe Frau Kollegin, ich sagte es schon – Kollege Bachhuber hat auch deutlich darauf hingewiesen –: Wenn Sie solche Vorschläge unterbreiten – dass Sie Vorschläge unterbreiten, erkennen wir an –, aber als Gegenfinanzierung die Streichung des Frankenschnellwegs empfehlen, dann lehnen wir das ab. Wir meinen, dass der Frankenschnellweg eine wichtige Infrastrukturmaßnahme ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin und liebe Mitglieder Ihrer Fraktion, Sie brauchen sich nicht zu wundern; wir gehen im Haushaltsausschuss ordentlich miteinander um. Nach all den Dramen, die Sie hier geschildert haben, und nach der von uns beschlossenen Beschränkung der Ausgabensteigerung auf 3 % hätten Sie eigentlich einen Jubelschrei loslassen müssen. Unser Beschluss müsste Ihnen doch total ins Konzept passen. Deshalb verstehe ich Ihre Kritik nicht.

Ich füge hinzu: "Klein-Klein" drückt für mich aus, dass Sie die großen Strukturen, die dieser Nachtragshaushalt mit sich bringt, nicht anerkennen. - Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben das Geld, das wir ausgeben, erwirtschaftet. Wenn eine Hochwasserkatastrophe eintritt, dann reagieren wir darauf im Sinne der betroffenen Menschen. Auch das ist Teil des Nachtragshaushalts. Aber das wissen Sie doch alles, Frau Kollegin Stamm.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Schluss einer sehr intensiven Haushaltsberatung im Bayerischen Landtag angelangt. Ich darf auf die Vorredner Bezug nehmen, auf zwei geschätzte Kollegen des Haushaltsausschusses von der CSU, Kollegen Bachhuber und Kollegen Winter.

Lieber Kollege Bachhuber, zunächst zu Ihnen: Ich weiß nicht, wie man das bezeichnen kann, was Sie am Anfang Ihrer Ausführungen von diesem Rednerpult aus von sich gegeben haben. Wenn ich es freundlich umschreiben sollte, würde ich sagen: Das war ein Stück weit haushaltspolitisches Bauerntheater.

(Beifall bei der SPD)

Als Sie sich auf die Finanzpolitik bezogen, sprachen Sie tatsächlich von "alten" Schulden, die abgebaut werden. Ich weise darauf hin, dass die Schuldenlast dieses Frei-

staates erst vor Kurzem, aufgrund Ihres Steuerungsverlustes bei der Landesbank, um 10 Milliarden Euro gestiegen ist. Es ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für den Abbau der von Ihnen selbst herbeigeführten Nettoneuverschuldung zu sorgen. Aber Sie reden hier von "alten" Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Es geht schon um die strukturellen Verbesserungen für die Kommunen. Wenn alles stimmt, was Sie in Jubelorgien über den kommunalen Finanzausgleich sagen, frage ich Sie: Wie eng ist Ihr Kontakt zu Ihren früheren Berufskollegen, den Bürgermeistern und Kommunalpolitikern vor Ort? Was die Kommunalpolitiker über die kommunale Finanzausstattung sagen, widerspricht dem, was Sie hier mit Jubeltönen von sich geben. Ich frage Sie: Warum denken wir jetzt schon darüber nach, wie wir den kommunalen Finanzausgleich in Bayern strukturell reformieren, wenn alles in Ordnung ist? Herr Kollege Winter, eines darf ich auch noch einmal ansprechen: Wenn wir nach der neuen Direktive des Herrn Ministerpräsidenten von Ausgabensteigerungen von 1,5 Milliarden Euro – 1,5 % des Ausgabevolumens – ausgehen, dann reden wir beim nächsten Doppelhaushalt über drei Milliarden Euro Ausgabensteigerungen. An dieser Stelle frage ich, warum es falsch ist, wenn eine Milliarde Euro von diesen drei Milliarden Euro – das ist ein Drittel – in die bayerischen Kommunen fließt. Das ist richtige Kommunalpolitik. Sie verweigern sich dieser Notwendigkeit. Das darf ich an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss den hohen Ton der vermeintlich soliden Finanz- und Haushaltspolitik ansprechen. Sie reden immerfort von den Fragen: Wie werden diese Anträge gedeckt? Wie werden diese Anträge finanziert? Ich weise noch einmal darauf hin, dass Sie in diesem Haushaltsjahr 2014 einen negativen Finanzierungssaldo von gut einer halben Milliarde Euro hatten. Sie haben ihn mit diesem Nachtragshaushalt um 176 Millionen Euro auf 767 Millionen Euro erhöht. Diese Ausgaben sind durch die Einnahmen nicht

abgedeckt. Das ist die Wahrheit. Sie haben noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt. Sie entnehmen etwa 1,3 Milliarden Euro aus der Rücklage, um diesen Haushalt zu decken. Tatsächlich fragen Sie die Opposition, woher sie die Deckung für ihre Verbesserungsvorschläge nimmt. Sie halten uns den Spiegel vor. Schauen Sie selbst einmal in den Spiegel hinein! Im Augenblick sind Sie die Unsolideren in der Haushaltspolitik. Das haben Sie doch unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least: Wer sich immer als Klassenprimus aufführt, braucht nicht auf Vergleiche mit anderen Bundesländern zu verweisen. Wer sich als Klassenprimus aufführt – das habe ich bereits in der Eingangsrede gesagt –, aber beim Schummeln, nämlich beim Brechen seiner eigenen Grundsätze, erwischt wird, darf sich über berechtigte Kritik nicht wundern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer anderen hohe Maßstäbe vorhält und sich in seiner eigenen Haushaltspolitik nicht an diesen orientiert, den muss man berechtigterweise deutlich kritisieren, auch bei diesem Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Bei den hohen Maßstäben in der Haushaltspolitik hört es nicht auf, es geht auch um die klaren Versprechungen, die Sie gemacht haben. Diese halten Sie in diesem Nachtragshaushalt nicht ein. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident und die CSU beim Bayernplan gemacht haben. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Hause von diesem Rednerpult aus im Rahmen seiner Regierungserklärung gemacht hat. Ich darf auf einige Punkte hinweisen, bei denen wir dafür gesorgt haben – Herr Ministerpräsident, hören Sie gut zu –, dass die CSU in diesem Landtag die Chance bekommt, die Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten in der realen Haushaltspolitik einzulösen. Ich musste feststellen, dass die Versprechungen des Ministerpräsidenten dann, wenn es ans Eingemachte, ans Geld und um die Tatsachen geht, nicht mehr gelten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kritisieren wir von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn mit dem Versprechen, die komplette demografische Rendite bei den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule zu belassen? Was ist mit dem Versprechen? Es ist bekannt, dass, unmittelbar nachdem dieses Versprechen im Bayernplan gegeben wurde, 773 Lehrerstellen weggefallen sind. Sie wurden "kw"-gestellt. Sie wurden aus dem Schulsystem getilgt, obwohl sie nach den Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten zum Bayernplan im Schulsystem bleiben sollten. Wir haben Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen die Chance gegeben, dies zu korrigieren. Wir geben Ihnen heute in der Plenarabstimmung noch einmal die Möglichkeit, das zu korrigieren. Es bleibt ein Skandal, dass Versprechen zum Kernbereich unserer Aufgaben, nämlich zur Lehrerausstattung, im Zuge der Haushaltspolitik gebrochen werden.

Der nächste Punkt betrifft die Barrierefreiheit. Das große Ziel, das der Herr Ministerpräsident zu Recht anstrebt, lautet: Bayern Barrierefrei 2023. Wir stellen fest und sind ein bisschen schockiert, dass man im ersten Haushaltsjahr, in welchem wir dies gestalten und umsetzen könnten, keinen zusätzlichen Cent in den Haushalt aufnimmt, um das ehrgeizige Ziel umzusetzen. Bayern Barrierefrei 2023 – in diesem Nachtragshaushalt leider Fehlanzeige. Zu diesem Punkt geben wir Ihnen die Chance, heute noch einmal eine Korrektur vorzunehmen. Es ist nicht gut, wenn Sie Versprechungen machen und in diesem Hause sagen, das ist ein wunderbarer Haushalt. Dieser wunderbare Haushalt bricht die Versprechen, die zur Barrierefreiheit im Freistaat gegeben wurden. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele andere Punkte ansprechen, will mich aber auf ein paar Eckpunkte konzentrieren. Das gilt auch für die Frage: Wie geht es in der Haushaltspolitik weiter? Ich darf einmal den Umgang mit unseren Äußerungen, den Äußerungen der Opposition und den Äußerungen des Obersten Rechnungshofes infrage stellen. Der Oberste Rechnungshof hat das Gleiche gesagt wie wir: Die Haushaltspolitik in der Art,

wie wir sie vorfinden, ist nicht solide. Beleidigte Reaktionen waren an der Tagesordnung. Das wurde als anmaßend bezeichnet. Man hat larmoyant reagiert. Das führte bis zur Ankündigung einer Verlagerung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an die Adresse des Herrn Rechnungshofpräsidenten. Jetzt hört sich das plötzlich anders an. Die Kritik, die vorher noch zurückgewiesen wurde, ist plötzlich doch berechtigt. Zumindest lässt sich das aufgrund der Pressemitteilungen der letzten Tage so interpretieren. Ich muss eines fragen: War der bisherige Kurs richtig, wenn jetzt eine Kurskorrektur vorgenommen werden soll? Wenn das, was Sie bisher mit Überzeugung vorgetragen haben, richtig war, frage ich mich, warum jetzt eine Kurskorrektur erfolgen soll. Wenn das nicht richtig war, hat vieles von dem, was Sie bisher gesagt haben, nicht gestimmt.

Ich hätte gerne Auskunft darüber – das interessiert die Menschen da draußen –, was der Ausgabenanstieg um 3 % jährlich im Haushalt bedeutet. Auf welcher Grundlage, mit welcher Gewichtung und welcher Konsequenz erfolgt er? Die entscheidende Frage ist doch, was mit den großen Versprechungen des Ministerpräsidenten der CSU aus dem Bayernplan und der Regierungserklärung passiert. Sind die großen Versprechungen mit diesem Haushaltskonzept – so nenne ich es einmal – umsetzbar? Was ist mit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse? Was ist mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen? Was ist mit der Barrierefreiheit in näherer Zukunft? Was ist mit der Übernahme der Kindergartengebühren? Was ist mit der bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen? Was ist mit Bildung, Hochschule und Forschung? Was ist mit der Ertüchtigung der Infrastruktur? Was ist mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Was ist mit der Familienfreundlichkeit in Bayern? Was ist mit der Förderung des Ehrenamts? - Auf diese Fragen geben Sie keine Antworten. Das interessiert die Menschen – nicht 2 %, nicht 3 %, nicht 4 %. Die Menschen interessiert die Frage, wie Sie den Herausforderungen gerecht werden. Dazu habe ich in den letzten Wochen, Tagen und auch heute wenig gehört. Anstatt allgemeiner Aussagen hätten Sie sagen sollen, was die bayerischen Bürger von der CSU und der Staatsregierung zu erwarten haben – leider Fehlanzeige an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle gebe ich noch einmal einen Hinweis: Wer vom Abbau der Verschuldung redet, aber nicht von der versteckten Verschuldung reden will, der soll lieber gar nicht vom Abbau der Verschuldung reden. Was Sie machen, ist ein Abbau der Verschuldung auf Kosten der Pensionsvorsorge, auf Kosten der Kommunen und zugunsten der versteckten Verschuldung, die aufgebaut wird. Die Gebäude- und Straßeninfrastruktur dieses Freistaats wird immer schlechter. Die Infrastruktur sollte endlich in den Zustand gebracht werden, den die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Investitionsquote muss sich der Klassenprimus auch an den eigenen Worten messen lassen. Die Investitionsquote von 12 % wird gefeiert. Es ist noch gar nicht so lange her, dass ein Finanzminister dieser Staatsregierung von diesem Pult aus gesagt hat: Die natürliche Investitionsquote des Freistaats Bayern liegt bei 15 %. Damit bleiben Sie sehr deutlich unter Ihren früher selbst gesetzten Zielen in der Finanzpolitik und versuchen sogar noch, dies als einen ganz besonderen Aufbruch zu verkaufen. Das können Sie mit uns nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage an Sie. Da geht es um die Stellen im Freistaat Bayern, um die Menschen, die die Politik umsetzen müssen, die Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und für die Daseinsvorsorge da sind. Sie geben jetzt neue Ziele für die Personalkostenquote aus. Sie haben vorher als Ziel etwas ausgegeben, was man als einen Stellenstopp bezeichnen kann. Von Ihnen war an dieser Stelle zu hören, dass derjenige, der zusätzliche Stellen beantragt, anderswo Stellen einsparen muss. Ich frage mich: Was bedeutet die neue Parole für die Personalkostenquote, diese Aufforderung, die Sie selbst in den Raum gestellt haben? Bedeutet sie einen Stellenabbau? In welchem Umfang bedeutet sie einen Stellenabbau in den nächsten Jahren? Wo wollen Sie Stellen abbauen? Bei den Lehrern tun Sie es offen-

sichtlich schon. Ich meine die 773 Lehrerstellen, die Sie entgegen Ihrem Versprechen gestrichen haben. Wollen Sie Stellen an den Hochschulen abbauen, bei der Polizei, bei der Justiz, beim Verbraucherschutz oder bei den Finanzämtern? Darauf wollen wir ganz konkrete Antworten und nicht die Aussage einer pauschalen Personalkostenquote. Das interessiert die Menschen in Bayern. Darauf sind Sie bisher Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Last, not least füge ich hinzu, dass ich einen Punkt überhaupt nicht nachvollziehen kann. Schon dieser Punkt reicht als Begründung dafür aus, das Haushaltskonzept, das Sie vorgelegt haben, nicht mitzutragen. Dabei geht es um die Sicherung der staatlichen Einnahmen. Jedes Ihrer Konzepte baut auf der Frage auf, wie hoch die staatlichen Einnahmen in den nächsten Jahren ausfallen. Wir stellen fest, dass wir auch unter Ihrer Verantwortung die dramatische Unterbesetzung in den Finanzämtern nicht beseitigt und dieses Problem noch nicht einmal konsequent angegangen haben. Wenn Sie mit den Personalverantwortlichen in den Finanzämtern sprechen, bleibt festzuhalten, dass sich null und nichts geändert hat, seit der Rechnungshof vor einigen Jahren dieses Problem moniert hat. Wir reden von einer Unterbesetzung in der Steuerverwaltung von 1.800 der im Haushalt befindlichen Stellen. Das ist ein Skandal an der Steuergerechtigkeit in diesem Land und eine Versündigung an der Einnahmehasis des Freistaats Bayern. Wenn wir mit dem Tempo der kleinen Schritte, die angeregt wurden, so weitermachen, dauert es noch 60 Jahre, bis die bayerische Finanzverwaltung überhaupt die Sollstärke erreicht, die dieser Haushaltsgesetzgeber vorgegeben hat. So kann es nicht weitergehen. Deswegen fordern wir Sie auf, Herr Ministerpräsident: Sorgen Sie dafür, dass die bayerische Finanzverwaltung endlich ordentlich ausgestattet wird, damit wir unsere Ziele gemeinsam umsetzen können!

Gemeinsame Ziele gibt es nämlich durchaus. Uns wurden heute einige Anträge vorgebracht, die wir in der ersten Beratung angestoßen haben. Sie betreffen unter anderem den Staatsstraßenbau und die Städtebauförderung. Mithilfe eines bayerischen Sozial-

demokraten im Staatssekretärsamt wurde die Städtebauförderung dankenswerterweise vorangebracht. Einen Erfolg gibt es auch bei der energetischen Sanierung. Zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums haben wir eine Lösung gefunden. Auch die Asylsozialberatung ist aufgegriffen worden. Aber es bleibt bei den Kritikpunkten, die leider nicht ausgeräumt wurden.

Ich glaube, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, mehr zu bekommen als pauschale Aussagen zur Finanzpolitik. Viele Defizite sind deutlich geworden. Ich erwarte von Ihnen die Bereitschaft, diese Defizite im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zu beseitigen. Dieser Nachtragshaushalt hat manche kleineren Fortschritte gebracht, aber in vielen Punkten zahlreiche Fragen offengelassen. Wir hoffen, dass wir im nächsten Doppelhaushalt diese offenen Fragen endlich angehen. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass sie Antworten bekommen und nicht nur Zahlenspiele.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wesentlichen Eckpunkte und Fragen hat Herr Kollege Pohl zwar bereits angesprochen. Ein paar Grundsatzbemerkungen will ich aber hinzufügen. Als Erstes hat die Eingangsbemerkung von Herrn Kollegen Bachhuber zu denken gegeben, in der er sich bei der Staatsregierung für diesen Haushaltsentwurf bedankt hat. Lieber Kollege Bachhuber, den Haushalt machen wir. Schon diese Eingangsbemerkung hat das Selbstverständnis der CSU-Fraktion verdeutlicht, den Entwurf der Staatsregierung entgegenzunehmen und die wesentliche Aufgabe darin zu sehen, diesen Entwurf der Staatsregierung zu verteidigen. In den Haushaltsberatungen wäre ein gutes Stück mehr Selbstbewusstsein zu wünschen gewesen, damit der eine oder an-

dere Punkt hätte korrigiert, verändert und angepasst werden können. Der Wunsch danach war manchmal auch in der CSU-Fraktion zu erkennen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Unsere Änderungsanträge sind alle durchgegangen, Herr Kollege!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, es gab durchaus die eine oder andere Verbesserungsmöglichkeit. Solche Punkte wurden mit einem gewissen Knirschen und Bedauern so verteidigt, wie sie seitens der Staatsregierung vorgelegt waren. Hier hätte es mehr Möglichkeiten gegeben.

Lieber Kollege Winter, zunächst danke ich Ihnen herzlich für Ihre souveräne Sitzungs-führung. Aber Ihre Kritik, es gebe ein Klein-Klein,

(Peter Winter (CSU): Das habe ich nicht zu euch gesagt! – Volkmar Halbleib (SPD): Groß-Groß oder Klein-Klein?)

will ich aufnehmen. Wir können sowohl Klein-Klein als auch Groß-Groß. Man kann darüber debattieren, ob im Rahmen eines Nachtragshaushaltes grundsätzliche Debatten über die kommunale Finanzausstattung angebracht sind. Sie haben das von vornherein abgelehnt. Wir hätten uns diese gewünscht. Umso wichtiger wäre es gewesen, manche Korrekturen in vielen Einzelfragen anzunehmen, und zwar im Interesse der Kommunen, im Interesse der Regionen und im Interesse der Bildung und der Infrastruktur. Wenn wir die Kommunen in einem großen Zuge besser ausgestattet hätten – so hätten wir es uns gewünscht -, hätten wir uns womöglich die eine oder andere Einzelfrage ersparen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So war es aber nicht. Die grundsätzliche Frage werden wir im Doppelhaushalt 2015/2016 wieder zu debattieren haben. Umso wichtiger ist es, bei dem einen oder anderen Schwerpunkt in Erinnerung zu rufen, dass auch und gerade bei einem Nachtragshaushalt Korrekturen an Entwicklungen, die bei der Verabschiedung des

Doppelhaushalts noch nicht erkennbar waren, vorgenommen werden müssen. Hierzu haben wir eine ganze Reihe von Aspekten vorgetragen. Ich nenne die Aspekte Infrastruktur, Bildung und Regionalität.

Über Schuldentilgung und Nachhaltigkeit wurde viel gesprochen, auch von Ihnen, lieber Kollege Winter. Das erkennen wir an, aber es muss auch hinsichtlich der Infrastruktur ein Thema sein. Schuldentilgung und Nachhaltigkeit sind nicht nur mit Blick auf monetäre Schulden von großer Bedeutung. Je später wir auf den Feldern der Infrastruktur, der Staatsstraßen und des Hochbaus unsere Unterhaltungsaufgaben erfüllen, desto teurer wird es. Es stellt kein nachhaltiges Verhalten dar, wenn wir diese sozusagen verdeckten Schulden nicht rechtzeitig bereinigen. Dazu haben wir Anträge gestellt. Sie beziehen sich unter anderem auf die Bestandserhaltung der Staatsstraßen. Wenn Sie bei den monetären Schulden 10 % abbauen, müssen Sie, um konsequent zu sein, das in der gleichen Zeit auch bei der Bestandserhaltung und den Unterhaltungslasten bei den Staatsstraßen tun. Das ist nicht geschehen.

Wir erkennen an, dass der Haushaltsansatz des Jahres 2014 in der Fassung des Nachtragshaushaltes besser ist als in der Erstfassung. Aber die Verbesserungen reichen noch nicht aus, um die auch vom Obersten Rechnungshof anerkannten und von der Obersten Baubehörde bestätigten Unterhaltsdefizite aufzuarbeiten. Auch das muss man spätestens bis 2030 erledigt haben, um insgesamt von einem nachhaltigen Schuldenabbau in diesem Bereich zu sprechen.

Nächster Punkt: Auch für die Gebäude gilt das. Da liegt es nahe, Unterhaltsaufgaben mit energetischer Sanierung zu kombinieren und die Aufgabenerfüllung in diesem Bereich zu verbessern. Sie haben ein Stück weit nachgelegt. Das ist für uns an dieser Stelle aber noch zu wenig.

Gerade hat Kollege Halbleib zu Recht noch einmal darauf hingewiesen, dass das vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom letzten Jahr verkündete Ziel, den öffentlichen Raum bis 2023 barrierefrei zu machen – das ist ein hehres, ein wichti-

ges, ein sehr ehrgeiziges Ziel, das viel Beifall verdient –, nur erreicht werden kann, wenn man auch an die Umsetzung geht, und zwar schon im Jahr 2014, anstatt das auf weitere Beratungen eines nächsten Doppelhaushaltes zu verschieben. Das muss jetzt angepackt werden, wenn man mit dieser Aufgabe in zehn Jahren fertig sein will. Auch dazu haben wir Anträge gestellt. Leider haben wir dafür Ihre Zustimmung wieder nicht erhalten.

Das große Thema Bildungspolitik will ich jetzt weder unter dem Gesichtspunkt Personal – das ist angesprochen – noch unter dem Gesichtspunkt Investitionsanteile ansprechen. Ich will nur ein paar ganz kleine Aspekte ergänzen. Sie waren nicht einmal bereit, mit ganz kleinen Beträgen da und dort notwendige Korrekturen anzunehmen. Ich habe ausdrücklich Beträge unter einer Million herausgesucht, lieber Herr Kollege Winter.

(Georg Winter (CSU): Hattet ihr die?)

- Die hatten auch wir. Sie haben vorhin auch über solche Beträge gesprochen. Damit hätte man da und dort Dinge voranbringen können. Ich nenne die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sport. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, wenn man bildungspolitische Konzeptionen weiterentwickeln mag. Kollege Waschler weiß das ebenso und tritt dafür ein. Wir wollten Impulse setzen, aber da war nichts zu holen.

Die staatlichen Förderanteile zur Unterstützung von Sing- und Musikschulen sind in den letzten Jahren leider zurückgegangen, wiewohl die Sing- und Musikschulen gerade für die Persönlichkeitsbildung jenseits der spezifischen Bildungsarbeit einen großen und verdienstvollen Anteil leisten. Auch dafür wollten wir anerkennende Beträge zur Unterstützung. Leider ist nichts geschehen.

Zuletzt wollten wir die Ehrenamtsförderung verbessern und die Kulturförderung in die Regionen tragen. Für spartenübergreifende Kulturprojekte haben wir einen Betrag von unter einer Million Euro beantragt. All diese Dinge hätten Anerkennung für ehrenamtli-

che Arbeit vermittelt. Das wollten Sie nicht. Die Frage der Finanzierbarkeit ist hier keine grundlegende. Das wollten Sie jedenfalls nicht mittragen.

Zuletzt will ich unter dem Gesichtspunkt Regionalität noch drei kleine Bereiche in Erinnerung bringen. Ein Stachel im Fleisch der wirtschaftsschwachen Regionen ist die Tatsache, dass zwar die Technologietransferzentren in die Regionen hinausgetragen wurden, um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken. Das begrüßen wir sehr. Dass aber die Kommunen mit ihrer eigenen Verpflichtung, für die Gebäudekosten geradezustehen, geködert wurden, ist falsch. Das ist nach wie vor eine staatliche Aufgabe. Wir werden nicht müde werden, das in Nachtrags- oder Doppelhaushaltsberatungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Korrigieren Sie das! Das ist staatliche Aufgabe. Der Staat kann das sehr viel besser finanzieren als wirtschafts- und finanzschwache Kommunen, die notleidend sind und diese Kosten im Interesse der Sache dennoch übernehmen.

Für den Probetrieb und die Reaktivierung von Bahnstrecken haben wir keinen großen Betrag gefordert. Für die Regionalentwicklung ist das aber ein wichtiger Punkt. Da wird vieles getan. Leider wurde die staatliche Unterstützung, die notwendig gewesen wäre, um diese Dinge anzuschieben, nicht zur Verfügung gestellt.

Letzter Punkt: Ich kehre zum Beitrag von Kollegen Bachhuber zurück, der das Hohelied auf die Krankenhausfinanzierung mit insgesamt 500 Millionen Euro gesungen hat. Das ist schon bewertet worden. Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass die Krankenhäuser allenthalben und besonders in den weniger dicht besiedelten Regionen große Debatten und Umstrukturierungsaufgaben vor sich haben. Wir wollten das initiieren und unterstützen, damit sich die Träger der Krankenhäuser, zumal die kommunalen, leichter tun, solche Umstrukturierungsüberlegungen und -prozesse in Gang zu setzen.

Wir haben Anträge für Großes und wir haben Anträge für Kleines gestellt. Weder da noch dort wollten Sie unsere Beiträge für eine bessere Entwicklung in Bayern unter-

stützen. Wir bedauern das und halten das für falsch. Deswegen können wir den vorgelegten Nachtragshaushalt nicht unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. Für die SPD-Fraktion hat sich noch Herr Dr. Kränzlein zu Wort gemeldet. Drei Minuten und 44 Sekunden, Herr Kollege. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt mit einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro ist mir recht sympathisch. Als Bürgermeister hatte ich einen 50-Millionen-Haushalt zu vertreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Damit haben Sie sich eindeutig verbessert!)

Ich kann mit den Zahlen in der Umrechnung dann immer ganz gut jonglieren. Wir haben im Finanzausschuss eigentlich eine ganz nette Debatte über die Details geführt, die ich hier wegen der fortgeschrittenen Zeit überhaupt nicht mehr bringen kann. Uns saß der schwarze Block gegenüber, nette Kollegen, nur haben sie zur rechten Zeit immer wieder einmal falsch abgestimmt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier einen Haushalt zu verabschieden, der drei Eigenschaften erfüllt: Er ist mutlos, er ist kraftlos, und er ist fantasielos.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das haben wir schon einmal gehört!)

- Es kann sein, dass Sie das schon einmal gehört haben; aber es ist die Wahrheit.

Herr Muthmann hat es angesprochen: Es ist ein Exekutivhaushalt, den der Finanzminister vorlegt, mit dem Kabinett bespricht, und dann müssen die armen CSU-Kollegen,

die das letzte Mal unter Alois Glück eine stolze, selbstbewusste Fraktion waren, als Abnicker herhalten, um diesen Exekutivhaushalt durchzuwinken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Das ist schon lange her!)

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass er beim nächsten Haushalt mit dem Finanzminister die Fraktion rechtzeitig fragen wird, was sie will. Immerhin ist da ein rosa Licht am Horizont.

Trotz bester Konjunktur sind es eine Dreiviertelmilliarde mehr Ausgaben als Einnahmen. Wann eigentlich, wenn nicht in guten Zeiten – das gilt übrigens auch für Deutschland - sollen bei mehr als 2 Billionen Euro Verschuldung die Schulden zurückgeführt werden? Sie führen nach Ihrer mittelfristigen Planung die Schulden mit einer halben Milliarde Euro zurück. Damit Ihr Ziel erreicht wird, bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein, müsste eine Milliarde Euro Schulden zurückgeführt werden. Die nächsten Konjunkturabstürze kommen bestimmt, das prophezeie ich Ihnen auf diesen langen Zeitraum. Dann müsste man eigentlich antizyklisch reagieren und Geld einschießen. Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, wenn Sie so halbherzig vorgehen und keine Schwerpunkte setzen, wenn Sie mit der Gießkanne Geld verteilen, wie Sie das getan haben.

Mit unseren Anträgen haben wir versucht, Ihnen einige Schwerpunkte für dieses Land nahezulegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn er so etwas sagt, muss man aufpassen!)

Ich bezeichne Ihren Haushalt als fantasielos, weil wenig Zukunft für Bayern darin steckt. Herr Söder, Sie können dann etwas zu Ihrem Heimatmuseum sagen. Das ist zu einem Breitbandverkabelungs – –

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Ministerium, meine ich. So ist es, wenn man einen Kalauer bringt. Herr Söder, Ihr Heimatanteil im Ministerium ist zu einer Breitbandverkabelungsanstalt verkommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn es wenigstens das wäre!)

Das Wort "Heimat" ist nur ein Etikett und kommt ansonsten nicht vor. Die Landesentwicklung und Strukturpolitik sind heruntergefahren, Fehlanzeige. Die Infrastruktur, die Gebäude verkommen in dramatischer Weise. Die Rückstände bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden belaufen sich auf 3 Milliarden Euro, bezogen auf das, was Ihnen der Bayerische Oberste Rechnungshof 1998 bereits ins Stammbuch geschrieben hat. Sie bräuchten ungefähr 3 Milliarden Euro für diese staatlichen Gebäude. Das sind Schulden, die Sie der Nachwelt hinterlassen, während Sie in einer Zeit, in der eine Hochkonjunktur zu verzeichnen ist, nichts machen.

Ich nenne Ihnen einen Punkt, der für die Zukunft spannend wäre, nämlich die Hochschulen und die Wissenschaft. Wir sagen immer, wir haben keine Bodenschätze, aber wir haben die geistigen Ressourcen. Unsere Hochschulen werden bald nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Das sage nicht ich, sondern das können Sie in der Zeitung nachlesen. Das sagt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das sagt die Hochschulrektorenkonferenz, und das sagt der Wissenschaftsrat. Wo bleibt die Spezialinitiative in Bayern? Sie haben zum Beispiel in Passau drei Stellen ausgewiesen. Da weinen sogar die "Passauer Neuesten Nachrichten". Sie haben den Mittelbau völlig verschlanken lassen, Sie haben Kurzarbeitsplätze und befristete Arbeitsplätze geschaffen. Wir stehen im Wettbewerb mit der Industrie und der Wirtschaft um die besten Köpfe und die besten Leute. So, wie Sie den Mittelbau an den Hochschulen behandeln – wir haben versucht, Ihnen eine Brücke zu bauen -, wandern die Leute anderswohin ab. Dann sind wir auf den Feldern, wo wir gut sein müssten, nicht mehr gut. Dann sind wir beim Wettlauf um die Besten heillos im Rückstand.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich könnte Ihnen die Justiz nennen. Es fehlen ungefähr 400 Stellen. Ein ganz wichtiges Verfahren, das in Kürze eigentlich anlaufen sollte und vielleicht Grundlage eines Untersuchungsausschusses sein könnte, kann überhaupt nicht eröffnet werden, weil die Kammer total überlastet ist. Das ist nur ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel. Reden Sie einmal mit den Zuständigen in der Justiz. Wenn es Ihnen der Herr Minister nicht sagt, dann reden Sie mit den Interessenvertretern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Es ist eine von vielen ungelösten Problemlagen, die dazu führt, dass wir diesen Haushalt, der nicht mehr solide ist, ablehnen müssen. Wir sind froh, dass Sie für das nächste Mal einen soliden Doppelhaushalt angekündigt haben. Den werden wir dann mittragen, wenn er wirklich solide ist.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächster Redner hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade vorhin gesagt worden, das sei kein solider Haushalt. Was ist eigentlich der Haushalt in Nordrhein-Westfalen, mit dem man 2 Milliarden Schulden macht? Was ist der Haushalt in Baden-Württemberg, wo 3 Milliarden Schulden gemacht werden? Was ist der Haushalt in Schleswig-Holstein, wo ebenfalls Milliardenschulden gemacht werden?

(Beifall bei der CSU)

Überall, wo Rot-Grün regiert, werden Schulden gemacht. Das ist ganz klar unsolid.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig recht: Man kann immer noch besser werden. Wir wollen auch besser werden. Aber im Vergleich zu allen anderen Ländern in Deutschland kann man eines sagen: Wenn es einen Tabellenführer und einen Champion für solide Finanzpolitik in Deutschland gibt, dann ist es der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushaltsentwurf ist ein Spiegel der Leistungsfähigkeit Bayerns und ein Barometer dafür, wie stark Bayern und die Substanz dieser Gesellschaft sind. Ein Haushalt hat immer die Aufgabe, eine Balance zu halten, und zwar eine Balance zwischen Sicherheit und Vorsorge und zwischen Wachstum und Optimismus. Der Freistaat Bayern hat für die Menschen eine extrem hohe Attraktivität. Es gibt in Deutschland Wanderungsbewegungen. Die Menschen kommen nach Bayern, während sie woanders weggehen. Warum kommen Sie nach Bayern? - Weil sie hier Zukunft erwarten.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt ist nichts anderes als das Zukunftskonto für die Menschen in Bayern. Zwei Aspekte erfüllen wir damit. Der erste ist Sicherheit und Vorsorge. Im Bund freut man sich, dass man das erste Mal seit 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt avisiert und möglicherweise einhalten kann; es gibt bereits erste Zweifel hinsichtlich internationaler Risiken für die Haushaltslage. Wir in Bayern machen das zum achten und neunten Mal in Folge, und zwar ohne Probleme. Wir werden uns das auch in der Zukunft zum Maßstab nehmen. Wir sagen aber nicht nur, wir machen keine Schulden; das war nur der erste Schritt. Tatsächlich tilgen wir Schulden, und das ist der Unterschied zu allen anderen. Während andere Bundesländer noch Schulden machen, bauen wir Schulden ab. Das ist etwas Besonderes.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Winter hat die Zahlen schon genannt. 2,54 Milliarden Euro - es gibt keine vergleichbare Benchmark in Deutschland.

Auch wenn es immer wieder herausgestellt wird, wird der Eindruck erweckt, dass wir deutlich über unsere Verhältnisse leben und mehr Geld ausgeben würden, als wir haben. Das würde dann stimmen. In der Tat ist es so, dass wir sehr konservativ planen. Es gibt Bundesländer, die anders planen. Diese stellen ihren Haushalt nach reinem Wunschdenken auf und sagen: Planen wir einmal ein bisschen mehr an Steuereinnahmen, das wird schon gut laufen. Am Ende des Jahres müssen sie dann Haushaltslöcher stopfen. Bei uns ist seit Jahren – egal, wer Finanzminister ist, und egal, wie sich die Staatsregierung zusammensetzt – eine andere Grundlage der Haushaltspolitik maßgebend. Wir planen konservativ, aber wir wirtschaften erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben nur das Geld aus, das wir erwirtschaften, und zwar aus Steuereinnahmen, Haushaltsbewirtschaftung und Überschüssen, die im gesamten Staatsapparat durch eine sehr konservative Haushaltsbewirtschaftung erarbeitet werden. Das führt dazu, dass wir nicht nur steigende Ausgaben decken und Schulden tilgen können, sondern sogar für schlechte Zeiten etwas zurücklegen können. Wer kann das in Deutschland - höhere Ausgaben bestreiten, Schulden tilgen und noch Rücklagen stärken? Niemand kann das außer dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Reden wir einmal über den Saldo, und zwar über den Ist-Saldo, das heißt, was wir im Jahr eingenommen und was wir ausgegeben haben: Zunächst zu den Vorschlägen, die gemacht worden sind. Zur Kritik, der Saldo stimme nicht, muss ich sagen, dass die Vorschläge der Opposition, den Saldo zu verbessern, auch nicht gerade sensationell waren. Wenn man vorschlägt, insgesamt eine Summe von 2,6 Milliarden Euro mehr auszugeben, ist das kein substanzieller Beitrag, um den Saldo zu verbessern. Es ist eher ein Beitrag, ihn zu verschlechtern. Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, zu dem Lob der GRÜNEN, man hätte Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, ist zu sagen: Selbst wenn der Vorschlag gegenfinanziert wäre, hätte er nicht den Saldo verbessert. Das betrifft Vorschläge, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen oder einen Frankenschnellweg zu verhindern, obwohl die GRÜNEN in Nürnberg, weil sie gerne mit der SPD regieren möchten, für den Frankenschnellweg sind. In Nürnberg sagen die GRÜNEN Ja zum Frankenschnellweg, aber im Landtag sagen sie Nein. Das ist keine nachhaltige Politik für unser Land.

(Beifall bei der CSU)

Was ist jetzt mit dem Saldo? Wir haben in den letzten Jahren – ich sage das ausdrücklich; es steht auch in den Unterlagen – folgende Finanzierungssalden gehabt: 2011 ein Plus von 935 Millionen Euro, 2012 ein Plus von 1,4 Milliarden und im Jahr 2013 erreichten die erwirtschafteten Überschüsse immer noch ein deutliches Plus von über 2 Milliarden Euro.

Es ist keine gute Finanzpolitik, Anfang des Jahres zu planen, Überschüsse zu haben, und am Ende des Jahres Löcher zu stopfen. Mir ist es lieber, wenn man anfangs konservativ plant und am Ende Geld in der Tasche hat. Das ist besser für das Land und für die Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben Ausgaben kritisiert und gleichzeitig Vorschläge gemacht, wo noch mehr Geld ausgegeben werden könnte. Ich will feststellen, welches die entscheidenden Punkte waren. Eine Haushaltsaufstellung ist kein Wunschkonzert. Herr Halbleib, es kommt darauf an: Viele der Fragen, die Sie zur Regierungserklärung angesprochen haben, werden ihre ganze Wucht und politische Wirksamkeit im Doppelhaushalt 2015/2016 entfalten. Wir haben jetzt im Nachtrag die Aufgabe, einige wichtige Stellschrauben, die sich gesellschaftlich und politisch als notwendig herausgestellt haben, zu setzen.

Das betrifft erstens die Veranschlagung der Hochwasserhilfen. Wir sehen gerade die Bilder, was in Serbien und auf dem Balkan passiert. Wir sind uns darüber einig: Es war eine großartige Leistung, in Bayern im letzten Jahr den Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe gegeben zu haben. Das Geld dafür ist mit 403 Millionen Euro gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Ausgaben für das Asyl sind um fast 180 Millionen Euro auf einen Gesamtbetrag von 345 Millionen Euro angewachsen. Dies gehört zwar nicht zur Investitionsquote, ist aber eine Form von menschlicher Dividende. Meine Damen und Herren, wir nehmen in einem christlich geprägten Land die Verantwortung dafür ernst, dass Menschen, die in Not sind, Hilfe bekommen. Jeder, der vorschlägt, hier Mittel zu streichen, möge aufstehen. Wir bilden an dieser Stelle ab, dass ein reiches Land Hilfe leisten muss. Dies tun wir mit unseren Ausgaben für das Asyl.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir streichen nicht bei der Bildung. Wir tun aber zwei Dinge, die andere Bundesländer nicht leisten können: Bei uns fällt keine Stelle weg, Stichwort demografische Rendite.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sicher fallen sie weg! Sie sind schon weggefallen!)

Auch andere Bundesländer versuchen, dies in der Stellenplanung abzubilden. Der Unterschied ist aber: Wir sorgen nicht nur dafür, dass es Stellen gibt, sondern wir wollen die Inhaber dieser Stellen auch ordentlich bezahlen. Pädagogen haben es verdient, dass die Leistung, die sie erbringen, auch ordentlich bezahlt wird und dass Lehrer nicht, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist, weniger Geld bekommen. Wir sagen: Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden.

(Beifall bei der CSU)

Viertens, der kommunale Finanzausgleich. Herr Kollege Bachhuber und andere haben darüber bereits gesprochen. Wenn alles so schlecht wäre, würden uns die vier kommunalen Spitzenverbände relativ wuchtig sagen, was sie sich wünschen. Sie sind nicht ängstlich und in ihren Forderungen auch nicht bescheiden. Die kommunalen Spitzenverbände haben die über 8 Milliarden Euro, die beschlossen wurden, positiv gewürdigt, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Warum? - Wir hatten nicht nur die Summen erhöht, sondern auch Strukturen verändert. Es geht nicht immer nur um Summen. Wir hatten die Einwohnergewichtung verändert, um gerade in den ländlichen Räumen eine Stärkung zu erreichen. Herr Halbleib, die Stabilisierungshilfen wurden sehr gut aufgenommen, gerade bei vielen strukturschwachen Gemeinden im ostbayerischen Raum.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben sie vor nicht allzu langer Zeit verweigert!)

Ich kann Ihnen deshalb nur sagen: Egal, wie hoch unser Anteil an der Verbundquote ist, werden die Kommunen in den nächsten beiden Jahren ohne jede Erhöhung des normalen Finanzausgleichs bei den geschätzten Rekordeinnahmen der Gewerbesteuer bis zu 800 Millionen Euro mehr bekommen. Nirgendwo sonst wird so stabil für die kommunale Vorsorge gearbeitet wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die in das Parlament eingebrachten Sicherungsmaßnahmen für unsere Polizei halte ich für selbstverständlich. Was wären wir für ein Land, wenn wir Sicherheit für unsere Bürger bieten wollten, aber diejenigen, die für diese Sicherheit sorgen müssen, ohne Ausrüstung diese Aufgabe leisten lassen würden? Wenn es eine vordringliche Verpflichtung gibt, ist es die, denjenigen, die den Kopf für uns hinhalten und die unsere Freiheit und Sicherheit gewährleisten, gut auszustatten. Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich für die Stärkung der Polizeiarbeit. Das ist ein Signal: Der Freistaat Bayern steht hinter seiner Polizei.

(Beifall bei der CSU)

Nun zur Stellensituation, weil diese bereits mehrfach angesprochen wurde. Das ist mir wichtig. Meine Damen und Herren, wir haben Rekordsteuereinnahmen. Wir haben in der Steuerverwaltung die besten Entwicklungen und Ergebnisse pro Prüfer. Die Zahl der Stellen in der Steuerverwaltung wurde in den letzten Jahren um 1.450 erhöht. Allein die Steuerfahndung ist seit 2011 um 15 % gewachsen. Wir haben eine Rekordzahl bei den Anwärtern von 2.000 Leuten. Die Ist-Besetzung steigt. Ich möchte dies einmal ausdrücklich sagen, weil immer wieder der Eindruck erweckt wird, hier gäbe es Probleme. In anderen Bundesländern wird derzeit überlegt, die Steuerverwaltung auszulagern und sie zu reduzieren. Wir bauen sie sukzessive aus. Wir schaffen Spezialeinheiten, um internationalen Steuerbetrug wirksam anzugehen. Wir wollen nicht jeden kleinen Friseurmeister dreimal pro Woche prüfen. Wir wollen da ansetzen, wo wirklich Steuerhinterziehung stattfindet; denn dort brauchen wir Personal.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den 1.800 Stellen, von denen immer wieder gesagt wird, dass sie nicht besetzt seien. Diese Stellen sind nicht einfach nicht besetzt, sondern sie sind für die Ausbildung, die Altersteilzeit und für viele Frauen reserviert, die wieder in Teilzeit oder nach der Familienphase in den Dienst zurückkehren. Das ist eine stabile Architektur.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen kritisiert das der Rechnungshof, weil es so stabil ist!)

Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, dass es eigentlich nur einen Punkt gibt, der uns ärgert und der eine zunehmende Herausforderung ist. Dieser Ärger wäre deutlich stärker, hätte es nicht schon einmal eine Reform gegeben. Wir haben dadurch bis zu 1 Milliarde Euro gespart. Aber mit dem Länderfinanzausgleich in Deutschland werden weiterhin falsche Anreize gesetzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Länderfinanzausgleich!)

Der Haushaltsansatz ist mit dem Nachtragshaushalt um 200 Millionen Euro gestiegen. Die Summe für den Länderfinanzausgleich wird bis zum Jahr 2017, wenn sich nichts ändert, auf fast 5 Milliarden Euro anwachsen. Was ist in Europa passiert? In Europa haben wir das Modell des Rettungsschirms gewählt. Rettungsschirme und Rettungsmaßnahmen gibt es nur dann, wenn man gezwungen ist, Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und sich zu verbessern. Dies hat dazu geführt, dass viele Staaten, die Geld bekommen haben, gesagt haben: Das ist sehr anstrengend. Wir strengen uns an, um schnell wieder herauszukommen. Das deutsche Modell leistet das genaue Gegenteil. In Deutschland wird Anstrengung nicht belohnt. Darum müssen wir das System ändern. Die Bayern haben es verdient, dass ihr hart erarbeitetes Steuergeld im eigenen Land bleibt.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat es denn ausgehandelt?)

Jeder kann an seiner Stelle mitarbeiten; die FREIEN WÄHLER in Europa und die SPD überall. Auch Herr Kretschmann von den GRÜNEN sagt, er möchte etwas ändern. Jeder guten Idee werden keine Grenzen gesetzt.

Bei der Schuldentilgung haben wir immer gesagt, wir fangen glaubhaft an. Ohne eine Veränderung des Länderfinanzausgleichs ist die große Last jedoch nicht zu schaffen. Dies wird am Ende dazu führen, dass wir uns 1 Milliarde Euro Zinsen sparen. Diese Mittel können wir dann nachhaltig für unsere Beamtenpensionen einsetzen. Es ist nachhaltiger, nicht dauernd Kredite aufzunehmen, um Lasten zu bewältigen, sondern keine Schulden zu haben und keine Zinsen zu zahlen. Dann kann das Geld für die Rückstellungen verwendet werden.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wir zahlen 350 Millionen Euro Zinsen jährlich für die Landesbank. Das ist 1 Million Euro täglich!)

Ein Ausblick auf den Doppelhaushalt 2015/2016: Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat weiterhin Rekordeinnahmen in Deutschland, und ganz besonders in Bayern.

Die Steuerschätzungen belaufen sich auf bis zu 5 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Wir sind aber in der Tat vorsichtiger als in der Vergangenheit. Warum? - Wir sehen, wie bei der Einschätzung des Bundes, sorgenvoll auf Entwicklungen, die internationale Risiken bringen. Wir wissen nicht genau, wie sich Niedrigzinsphasen auf die internationalen Märkte auswirken. Deswegen werden wir im Ansatz des Doppelhaushaltes noch vorsichtiger vorgehen. Wir werden die technische Saldofrage diskutieren und eine Wachstumsbegrenzung vornehmen. Trotzdem werden wir eine Investitionsquote haben, die benötigt wird, um ein Land auch in konjunkturell unsicheren Zeiten stabil zu halten. Meine Damen und Herren, Investitionen und Investitionsquoten helfen, die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und ein Land attraktiv zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Ich schließe mit einem Dank. Ich glaube, es waren 665 Seiten, 939 Einzeltitel und etwa 254 Änderungsanträge, die der Haushaltsausschuss abuarbeiten hatte. Dafür ein Kompliment! Ich weiß, das ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, auch wenn es unterschiedliche Bewertungen gibt. Darum sage ich dem ganzen Haushaltsausschuss ein Dankeschön, auch wenn die einzelnen Bewertungen unterschiedlich waren.

Zum Schluss möchte ich sagen: Natürlich wollen wir immer weiter kommen. Wir sind aber nur die Vorstufe zum Paradies, egal wie man das Paradies einschätzt. In dieser Vorstufe sind wir aber ziemlich weit. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir auch seriös über die Zukunft diskutieren. Es können auch wieder schlechte Zeiten kommen. An eines sollten Sie dabei denken: Wir haben eine Finanzkrise und eine Eurokrise überstanden, haben keine Schulden gemacht, haben kräftig investiert und sind als Bayern stärker denn je herausgekommen. Genau das ist der Beleg dafür, dass diese Haushaltspolitik richtig ist. Meine Damen und Herren, deshalb setzen wir sie auch fort.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2014 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 2. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/875, die Änderungsanträge 17/1682 mit 17/1684 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1958 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1682 mit 17/1684 abzustimmen. Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich auch so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Der federführende Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 4 Absatz 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Juni 2014" einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014, Tagesordnungspunkt 3, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplan 2014. Der Abstimmung liegen der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussfassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1945 zugrunde. Vonseiten der Oppositionsfraktionen wurden zu mehreren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen Einzelabstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, über die in einfacher Form durch das Handzeichen abgestimmt werden soll. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1253 betreffend "Asylsozialberatung aufstocken!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1284 betreffend "Probetrieb im Vorfeld der Reaktivierung von Bahnstrecken" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1295 betreffend "Zusammenarbeit von Schule und Sportverein" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1334 betreffend "Bayerische Sing- und Musikschulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine Stimmenthaltung aus den Reihen der CSU-Fraktion. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1335 betreffend "Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1369 betreffend "Erhöhung der Zuschüsse für

die Sportfachverbände" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1371 betreffend "Förderung vereinseigener Sportstättenbau" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1421 betreffend "196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU. Stimmenthaltungen? Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1609 betreffend "Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1613 betreffend "Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte

ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/1650 betreffend "Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun kommen wir zur Durchführung der beantragten namentlichen Abstimmungen. Ich lasse zunächst in namentlicher Form über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1248 betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Wir geben für diese Abstimmung fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich darf nun den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung aufrufen. Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1249 betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte". – Sie haben drei Minuten. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.47 bis 17.50 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1319 betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen ebenfalls drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir fahren mit den namentlichen Abstimmungen fort. Ich stelle den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1339 betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.54 bis 17.57 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Zur namentlichen Abstimmung rufe ich jetzt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/1393 betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.58 bis 18.01 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich rufe zur weiteren namentlichen Abstimmung den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1453 betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.01 bis 18.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456 namentlich abstimmen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.04 bis 18.08 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

In der letzten namentlichen Abstimmung geht es um den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Kommunaler Schulbau" auf Drucksache 17/1668. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.11 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.12 bis 18.14 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Ich komme zunächst zum Antrag betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" auf der Drucksache 17/1248. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich komme zum Antrag betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte" auf der Druck-

sache 17/1249. Mit Ja haben 70 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 92 gestimmt; keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" auf der Drucksache 17/1319. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 90 gestimmt; 16 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" auf der Drucksache 17/1339. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf der Drucksache 17/1393. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 108 gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf der Drucksache 17/1453. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit

Nein haben 87 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Kommunaler Schulbau" auf der Drucksache 17/1668. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich komme nun zur Schlussabstimmung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich bitte alle, ihre Plätze einzunehmen; denn nur dann kann ich abstimmen lassen.

Den 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1945. Wer dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht im Einzelnen abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Teil I der Anlage 9)

Zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplanes) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Mit der Annahme des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufgelegten Liste enthaltenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Teil II der Anlage 9)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/876, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1959 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 abzustimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Fi-

nanzfragen zugrunde legen? – Damit besteht Einverständnis. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Dann sind die Änderungsanträge abgelehnt. Zum Gesetzentwurf selbst empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1959. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen – Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich jetzt die Abstimmung in einfacher Form durchführen. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfohlenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)".

Die Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes 2014 ist damit abgeschlossen. Ich bedanke mich bei der Staatsregierung und beim Hohen Haus sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78) (Drucksache 17/1248)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas			
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	91	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79) (Drucksache 17/1249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holettschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	70	92	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern; (Kap. 10 03 Tit. 684 72) (Drucksache 17/1319)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	90	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren; (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.) (Drucksache 17/1339)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite; (Kap. 05 21) (Drucksache 17/1393)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine		X	
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus		X		Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	108	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Zehntausend-Häuser-Programm; (Kap. 07 05 TG 75 - 78) (Drucksache 17/1453)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit; (Kap. 10 05 neue TG) (Drucksache 17/1456)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	87	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Kommunaler Schulbau; (Kap. 13 10 Tit. 883 11) (Drucksache 17/1668)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 2 und 3

Teil I

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Änderungsanträge der SPD

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/1369
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/1370
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 17/1371
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/1372
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kommunale Energieberater - Zuschüsse an die Landkreise für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 17/1373
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Personalausstattung der Gesundheitsverwaltung bei den 71 bayerischen Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 17/1374
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 17/1375
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 17/1376
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 26 Tit. 422 01)
Drs. 17/1377

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1378
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im
Straßenbau
(Kap. 03 80 TG 70 - 71)
Drs. 17/1381
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Radwegebau entlang von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 770 06 (Anl. A))
Drs. 17/1383
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1384
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für
Dienstanfänger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/1385
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Finanzierung der Einrichtung einer
Psychotherapeutischen Fachambulanz
für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/1386
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatz-
freiheitsstrafe“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/1387
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1388
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von
Schule und Sportverein erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/1389
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein
Sonderinvestitionsprogramm „Ganztag
und Pädagogik“
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1390
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm
Umbau von Schulen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
(Inklusion)
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1391
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/1392
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Rückholung der sog. demografischen
Rendite
(Kap. 05 21)
Drs. 17/1393

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1394
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers
(Kap. 07 03 TG 62 - 67 Tit. 686 63)
Drs. 17/1395
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerisches Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 17/1396
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Operationelle Programme zur Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kommunalfreundlich ertüchtigen!
(Kap. 07 04 neuer Tit.)
Drs. 17/1397
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)
Drs. 17/1398
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 17/1399
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 44)
Drs. 17/1400
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 54 neuer Tit.)
Drs. 17/1401
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/1402
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 17/1403
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96 neuer Tit.)
Drs. 17/1404
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erweiterung der Forschungsvorhaben um den Bereich des Lärmschutzwaldes
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 17/1405
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth
(Kap. 08 30 Tit. 422 21)
Drs. 17/1406

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen – zusätzliche Försterrinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1407
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorrang für die Bildung - zusätzliche Lehrkräfte an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1408
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1409
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1410
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Mehrgenerationenhäusern
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/1411
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1412
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/1413
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/1414
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1415
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/1416
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1417
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1418
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenerwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/1419

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 17/1420
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 422 01)
Drs. 17/1421
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Generalsanierung der Hochschule für Musik und Theater in München“
(Kap. 15 62 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1422
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 4 Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/1423
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Neubau bzw. Neuan-siedlung des Staatsarchivs Würzburg“
(Kap. 15 93 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1424
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnraum- und Studentenwohnraumförde-rung
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)
Drs. 17/1448
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Nothilfeprogramm Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1449
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Machbarkeitsstudie für ein Helmholtz- oder Fraunhofer-Institut in Niederbayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1450
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung des bayerischen Anteils an der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
Drs. 17/1451
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Erstellung von Energie-nutzungsplänen (ENP) in Gemeinden
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/1452
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zehntausend-Häuser-Programm
(Kap. 07 05 TG 75 - 78)
Drs. 17/1453
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskon-vention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1455
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1456

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1457
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsprogramm „Kinderbetreuung“
2008 - 2014
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/1458
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im Bahnstreckenbau
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/1474
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bildung für den Klimaschutz und die Energiewende - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/1587
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1588
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz - Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1589
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/1591
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1592
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1593
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie - Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte
(Kap. 14 03 Tit. 684 92)
Drs. 17/1594
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/1595
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/1596

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1597
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1598
76. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung (Kap. 14 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1599
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung (Kap. 13 01)
Drs. 17/1608
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen (Kap. 13 03 Tit. 701 14 und 710 01)
Drs. 17/1609
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Streichung des Titels (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1610
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden (Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/1611
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1612
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder“ (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1613
83. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren (Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1614
- Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER**
84. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schmerzensgeld für Polizisten (Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1275
85. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung (Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/1276

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/1277
87. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: IT-Spezialisten bei der Polizei leistungsge-recht bezahlen
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/1278
88. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sachkosten der Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 511 01 - 547 04)
Drs. 17/1279
89. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neubau der Polizeiinspektion Kaufbeuren
(Kap. 03 18 Tit. 725 25)
Drs. 17/1280
90. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für
Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/1281
91. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanie-rungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1282
92. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probebetriebe im Vorfeld der Reaktivierung
von Bahnstrecken
(Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1284
93. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung
der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1285
94. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Provenienzforschung
(Kap. 04 01 Tit. 686 02)
Drs. 17/1286
95. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Frak-tion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen an Gerichten und Staatsanwalt-schaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1287
96. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1288
97. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Ai-wanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen
Bildungsregionen
(Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1289

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/1290
99. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam Bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/1291
100. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für das Landesprogramm für die „gute gesunde Schule Bayern“
(Kap. 05 04 Tit. 547 02)
Drs. 17/1292
101. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für Ganztagschulen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1293
102. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fortbildung im Bereich des Behindertensports
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/1294
103. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 547 90)
Drs. 17/1295
104. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/1296
105. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1297
106. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsober-schulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1298
107. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Ausstattung aller Schulen und Schularten mit Beratungslehrern
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1299
108. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/1300
109. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/1301

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 - 05 19)
Drs. 17/1302
111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/1303
112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/1304
113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/1305
114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Breitbanderschließung: Glasfaseranschluss für alle bayerischen Gemeinden
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1306
115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/1307
116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm „Elektromobilität“
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 17/1308
117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/1309
118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Mittel für Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 17/1310
119. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 17/1311
120. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/1312
121. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1313

122. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktcompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 17/1314
123. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung – insbesondere Förderung des Imker- und Schäfernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 17/1315
124. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 422 01 und Kap. 10 01 Tit. 428 01)
Drs. 17/1316
125. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1317
126. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1318
127. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/1319
128. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 71)
Drs. 17/1323
129. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1324
130. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 17/1325
131. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Ehrenamtsmillion“
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/1326
132. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1327

133. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 TG 88 - 91)
Drs. 17/1328
134. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1329
135. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 TG 88 - 91 neuer Tit.)
Drs. 17/1330
136. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern (Kap. 10 50 TG 52)
Drs. 17/1331
137. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kinder- und Jugendkunstschulen (Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1332
138. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Künstlerische Musikpflege (Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/1333
139. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerische Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1334
140. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte (Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/1335
141. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR (Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1336
142. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen (Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/1337
143. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern (Kap. 15 18 Tit. 682 01, Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/1338
144. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/1339

145. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 TG 60 - 62)
Drs. 17/1586
146. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1645
147. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1646
148. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: TBC-Untersuchungen
(Kap. 12 08 TG 57 - 60)
Drs. 17/1647
149. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/1649
150. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1650
151. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1651
152. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1652
153. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1653
154. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1654
155. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1656
156. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufbau eines Melderegisters für Zwangsbehandlungen und Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen Einrichtungen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/1657

157. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung (Kap. 14 04 TG 69)
Drs. 17/1658
158. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste (Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/1659
159. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesundheitsmanagement (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1660
160. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bauunterhalt (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1661
161. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude (Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/1662
162. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH (Kap. 13 05 Tit. 121 33)
Drs. 17/1663
163. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/1664
164. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzausweisungen nach Art. 7 FAG (Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/1665
165. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1666
166. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/1667
167. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kommunaler Schulbau (Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/1668
168. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1669
169. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser (Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/1670

170. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1671
171. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds (Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/1672
- Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
172. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“ (Kap. 03 65 Tit. 883 63)
Drs. 17/1232
173. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probetriebe auf Reaktivierungsstrecken ermöglichen (Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1233
174. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1234
175. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Privatisierung der Justiz: Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister statt privater Wachdienste (Kap. 04 04 Tit. 422 21 und Tit. 517 01)
Drs. 17/1235
176. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen (Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1236
177. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Qualität an Ganztagschulen (Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1237
178. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Feste Arbeitsverträge für Lehrkräfte an Berufs- und Fachoberschulen (Kap. 05 17 Tit. 428 14)
Drs. 17/1238
179. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Stellen in der Finanzverwaltung - keine Stellenmehrung im Ministerium (Kap. 06 01 Tit. 422 01 und Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1239
180. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bewertungsstelle des Finanzamts München in München belassen (Kap. 06 05 Tit. 710 00 und 729 22)
Drs. 17/1240
181. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen (Kap. 08 03 Tit. 671 03 und Kap. 08 04 Tit. 683 08)
Drs. 17/1241

182. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 17/1242
183. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einzelbetriebliche Förderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1243
184. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1244
185. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zum Vollzug des Betreuungsgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1245
186. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zivilgesellschaft stärken - Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1246
187. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1247
188. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78)
Drs. 17/1248
189. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79)
Drs. 17/1249
190. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80)
Drs. 17/1250
191. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Frauenhäuser und -notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/1251
192. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/1252
193. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung aufstocken!
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1253

194. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber flächendeckend ermöglichen (Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/1254
195. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz stärken (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1255
196. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/1256
197. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wissenschaftliche Beobachtung und Forschung in den Nationalparks stärken (Kap. 12 13 neue TG und Kap. 12 14 neue TG)
Drs. 17/1257
198. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bau Trinkwasserbrunnen (Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/1258
199. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten in Bayern (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1259
200. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1260
201. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer (Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/1261
202. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von „Mein Kampf“ (Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1263
203. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen (Kap. 15 59, 15 62 und 15 63 jeweils Tit. 428 01 und 427 73)
Drs. 17/1264
204. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg (Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/1265

205. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1266
206. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung des Beratungsprojekts der Flughafen Nürnberg GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 682 81)
Drs. 17/1267
207. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds aufstocken - versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und Kap. 13 06 Tit. 325 51)
Drs. 17/1268

Teil II**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärten Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Mit gutem Beispiel voran - mehr Mittel für energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1231
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/1283
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1320
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schutzausstattung der geschlossenen Einheiten der bayerischen Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 812 01 und Kap. 03 20 Tit. 812 98)
Drs. 17/1343
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1344
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen und Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1345
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
Drs. 17/1346
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: mebis-Landesmedienzentrum Bayern - Softwareentwicklung für Erweiterungsangebote
(Kap. 05 04 Tit. 119 23 und Tit. 534 76)
Drs. 17/1347

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kleine Baumaßnahmen bei der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Kap. 06 16 Tit. 701 01)
Drs. 17/1348
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/1349
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/1350
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn von § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/1351
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen (Kap. 10 06)
Drs. 17/1352
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung der Asylsozialberatung (Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1353
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bei allgemeinem Grundvermögen (Kap. 13 04 Tit. 519 01)
Drs. 17/1354
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage (Kap. 13 06 Tit. 351 01)
Drs. 17/1355
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bundes- und EU-Mittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen (Kap. 03 65 Tit. 883 78)
Drs. 17/1379
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Landesmittel für die Städtebauförderung – Neubewilligungen (Kap. 03 65 Tit. 883 88)
Drs. 17/1380
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1382

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Naturschutz und Landschaftspflege - Ausgleich ELER-Mittel (Kap. 12 04 Tit. 892 22)
Drs. 17/1590
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal (Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1655
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Nabelschnur-Stammzellbank (Kap. 14 03 TG 94)
Drs. 17/1714
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben (Kap. 14 03 TG 92)
Drs. 17/1732

Teil III**Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen und Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 (Drs. 17/876)**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1681
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/1685
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen
Drs. 17/1686
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1723
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Rückholung der demografischen Rendite
Drs. 17/1806

Teil IV**Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen, Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014
(Drs. 17/875)**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1682
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1683
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)
Drs. 17/1684